



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

PROTESTE: WERTORIENTIERUNGEN DER PROTESTIERENDEN UND LOYALITÄT DES SICHERHEITSAPPARATES COVID-19 IN BELARUS

■ ANALYSE	
Revolution in Belarus – Faktoren und Wertorientierungen	2
Oksana Shelest (Zentrum für europäische Transformation, Minsk)	
■ UMFragEN	
Umfragen zu Wertorientierungen und Status quo	6
Umfragen zu geopolitischer Orientierung	10
■ ANALYSE	
Die Loyalität des belarusischen Sicherheitsapparats bröckelt (noch) nicht	12
Nadja Douglas (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin)	
■ STATISTIK	
Sicherheitskräfte in Belarus	15
■ DOKUMENTATION	
Bericht des Menschenrechtszentrums »Wiasna«	
Human Rights Situation in Belarus: November 2020	17
■ CHRONIK	
Chronik des Protestes, 2. – 29. November 2020	21
■ STATISTIK	
Covid-19 in Belarus	25
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 1. November – 17. Dezember 2020	29

Revolution in Belarus – Faktoren und Werteorientierungen

Oksana Shelest (Zentrum für europäische Transformation, Minsk)

DOI: 10.31205/BA.053.01

Zusammenfassung

Die gesellschaftliche Entwicklung in Belarus ist viele Jahre durch das bestehende politische Regime gehemmt worden. Das Spiel mit einer »vertieften Integration mit Russland« in den letzten Jahren und die Reaktionen des Regimes auf die Coronakrise haben die Charakteristika des bestehenden Systems der Staatsverwaltung deutlich zu Tage gefördert, was dann im Frühjahr 2020 zur politischen Mobilisierung führte.

Der Beitrag analysiert die lang- und kurzfristigen Faktoren, die zum Beginn einer revolutionären Bewegung im Land geführt haben. Die belarusische Revolution 2020 hat keine geopolitische Ausrichtung; das Hauptziel ist eine Veränderung der bestehenden Ordnung im Land. Zu den wichtigen Merkmalen der Demokratiebewegung gehört, dass praktisch alle Gesellschaftsschichten involviert sind, sowie der hohe Grad der Selbstorganisation bei gleichzeitig schwachen Strukturen der politischen Führung und Repräsentation.

Langfristige Faktoren und der letzte Tropfen

Die politische Krise, die sich 2020 in Belarus entfaltete, hat ihren wichtigsten Ursprung in vielfältigen Prozessen, durch die sich die Systeme von Staat und Gesellschaft zumindest in den 10 Jahren seit den Präsidentschaftswahlen von 2010 verändert haben. Bereits 2006 waren Anzeichen einer »Kubanisierung des Regimes und einer Arafatisierung der Opposition« erkennbar, die sich 2010 vollends als charakteristische Merkmale der politischen Situation im Land herausgebildet haben. In den vergangenen zehn Jahren ist das Feld des Politischen aus der belarusischen Realität verschwunden. Das staatliche Regime hat mit Leichtigkeit den Widerstand seiner marginalisierten politischen Opponenten »reguliert«, indem es handlungsunfähigen »politischen Parteien« und Initiativen eine Existenz erlaubte, dabei jedoch die volle Kontrolle über die Lage im Land bewahrte.

Das belarusische politische Regime hat allerdings, ohne sich einer Konkurrenz oder realen Opposition gegenüber zu sehen, seine Möglichkeiten zur eigenen Entwicklung verloren. Das hat sich unter anderem im Stillstand des belarusischen Wirtschaftswachstums bemerkbar gemacht, wie auch im Ausbleiben tatsächlicher Reformen in sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (obwohl diese – rhetorisch – als notwendig eingeräumt wurden) und in einer zunehmenden »Vertikalisierung« und Bürokratisierung der staatlichen Verwaltung. Dieser Prozess wurde von einer Schwächung und des fast völligen Verlustes des Feedbacks durch die Bevölkerung begleitet.

In der gleichen Zeit hat sich die Gesellschaft recht dynamisch entwickelt. Der spezifische »Sozialvertrag« der Belarusen mit ihrem Staat ging dahin, dass in jedem Bereich – außer dem politischen – eine gewisse Handlungsfreiheit zugestanden wurde (wenn auch in unbe-

stimmten Grenzen). Wirtschaft, Unternehmertum, kulturelle und soziale Initiativen, Gestaltung der urbanen Räume und des gewünschten Lebenswandels – das ist nur ein Teil der Richtungen, in denen jene Belarusen initiativ waren, die ihr Leben und ihre Betätigung vielfach »parallel« zum bestehenden Staat aufbauten. Während die staatlichen Institutionen Normen und Vorstellungen zu vermitteln suchten, die immer stärker veraltet waren, wuchsen im individuellen und informellen Bereich des Landes innovative Technologien, neue Standards und Formen der Lebens- und Arbeitsorganisation heran, und es entstanden in Kultur und Bildung neue Orientierungspunkte.

Die Verwaltung und die Institutionen des Staates waren anfangs einfach nur nicht förderlich; dann behinderten sie immer stärker die Entwicklung gesellschaftlicher Initiative im weitesten Sinne, und zwar in allen Lebensbereichen. In der Gesellschaft wurde das Bedürfnis nach einem Wandel und die Emanzipation der Bürger von staatlichen Institutionen immer stärker. Hatte 2010 das Verhältnis jener, die eine Beibehaltung der gegen Lage wünschten, gegenüber denen, die einen Wandel wollten, noch 48,3 % zu 40,7 % betragen, so lag es 2016 bei 24,7 gegenüber 67,3 Prozent (Daten des NISEPI); es gab also fast drei Mal mehr Anhänger eines Wandels als Befürworter der »Stabilität«. Studien von 2018–19 (von »MIA Research«) weisen einen nachhaltigen Rückgang des Paternalismus in allen Bereichen der belarusischen Gesellschaft aus.

Die Studie »World Values Survey« (2017–2020) hat eine erhebliche Veränderung bei einer der nachhaltigsten Grundlagen der sozialen Ordnung aufgezeigt, nämlich bei der Werteorientierung der Belarusen: *Es wurde gegenüber den Werten von Entwicklung und Selbständigkeit ein Rückgang von Werten festgestellt, die mit Stabilität, Konservierung und Paternalismus verbunden sind.*

Wir sehen aber auch, dass Belarus im gleichen Zeitraum hinsichtlich einer anderen Dimension der Werteskala »traditioneller« geworden ist, was darauf verweist, dass der Wertewandel sich nicht in die einfache Logik einer Europäisierung fügt, sondern sich komplexer darstellt.

Die zunehmende Disbalance in Belarus zwischen der Entwicklung des Staates einerseits und jener der Gesellschaft andererseits hat sich zu einer offenen Konfrontation entwickelt und zu einer politischen Mobilisierung der belarusischen Gesellschaft geführt; Auslöser hierfür waren zwei Ereignisstränge: 1) das Spielen mit einer »vertieften Integration mit Russland« 2019; und 2) die Reaktionen des Regimes auf die Krise durch Covid-19. In beiden Fällen ging das Regime auf seine gewohnte Weise vor, doch vielen nun die Dimensionen dieser Probleme ins Gewicht, die nun sämtliche Besonderheiten des bestehenden Systems äußerst deutlich (und für eine große Zahl von Leuten sichtbar) zu Tage treten ließen.

Zusammensetzung des aktiven Teils der Protestbewegung

Der aktuelle Konflikt lässt sich ohne große Übertreibung als Konfrontation zwischen dem derzeitigen politischen Regime und der Gesellschaft bezeichnen. Die anfänglichen Proteste, die später zu einer revolutionären Bewegung wurden, haben alle Teile der belarusischen Gesellschaft erreicht. Es liegen keine zuverlässigen Daten über die genauen »Kräfteverhältnisse« in der Gesamtgesellschaft vor, da repräsentative Meinungsumfragen weiterhin nicht möglich sind. Allerdings lassen die Daten verschiedener, auch nicht öffentlicher Studien mit annähernder Gewissheit den Schluss zu, dass die Unterstützung des derzeitigen Regimes sich im Bereich von 15 bis 30 Prozent bewegt. In diesem Bereich liegen sowohl die Ergebnisse der Online-Befragung von »Chatham House« vom September 2020, denen zufolge die Bevölkerungsgruppe, die von den Forschern als »Festung Lukaschenkas« bezeichnet wird, 23,1 Prozent der Stichprobe ausmacht. Wie bei allen Internet-Umfragen dieser Art können wir nicht sicher sein, dass sie repräsentativ ist, weil das Zufallsprinzip bei der Zusammensetzung der Stichprobe nicht gewährleistet ist. Allerdings verfügen wir bislang über keine zuverlässigeren, offen zugänglichen Daten.

Wenn sich jedoch eines eindeutig sagen lässt, dann, dass die Anhänger einer Veränderung der bestehenden Ordnung überzeugt sind, sie würden die Mehrheit der belarusischen Gesellschaft darstellen. Und diese Überzeugung, die durch die vielen Manipulationen während bei Wahlen sowie die Zahlenstärke und die geographische Verbreitung der Straßenproteste im ersten Monat nach den Wahlen gestützt wird, flößt den Protestierenden ein Gefühl der Legitimität und Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens ein.

Der aktive Teil der Befürworter eines Wandels besteht heute aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wenn man als Kriterium anlegt, wie ihre politische Erfahrung aussieht und wie lange sie bisher am politischen Kampf gegen das Regime von Aljaksandr Lukschenka beteiligt waren.

1. Die erste, nicht unbedingt zahlenstärkste Gruppe sind Aktivisten aus dem dritten Sektor, intellektuelle und kulturelle Initiativen, der national ausgerichtete Teil der Gesellschaft und Vertreter der »traditionellen Opposition«, also Menschen mit einer mehr oder weniger gewichtigen persönlichen Geschichte eines politischen Engagements, die sich in den vergangenen 25 Jahren in dieser oder jener Form am Kampf gegen das Regime beteiligt haben.

2. Die zweite, sehr viel zahlenstärkere und vielfältigere Gruppe, das sind jene, die sich seit dem Frühjahr im Wahlkampf engagiert haben. In ihrer Mehrheit sind das Menschen, die zumindest die letzten zehn Jahre eine Beteiligung an Politik vermieden haben, oder die in einem solchen Engagement keinen Sinn oder keine Notwendigkeit gesehen hatten. Das Vorgehen des Regimes während der Wahlen, mit dem potenzielle Führungspersönlichkeiten aus dem Weg geräumt werden sollten (indem die aussichtsreichsten Kandidaten nicht registriert und verhaftet wurden), hatte nämlich eine entgegengesetzte Wirkung: Sie führte zur Vereinigung der Wahlkampfstäbe, zur Gründung des »Frauen-Triumvirats« und schließlich dazu, dass sich prinzipiell unterschiedliche Bevölkerungsteile zu einer Kraft zusammenschlossen, nämlich die potenziellen Wählerschaften von Waleryj Zapkala und Wiktar Babaryka einerseits (belarusische »Mittelschicht«, innovative Unternehmer*innen, IT-Sektor, »kreative« Industrien etc.) und die potenzielle Wählerschaft von Sjarhej Zichanouski andererseits (Bevölkerung der »Peripherie«, kleinerer Städte und depressiver Regionen; Kleinunternehmer*innen in den Regionen und Privatunternehmer*innen). Bei der politischen Mobilisierung in der Wahlzeit gab es Formen des Engagements, angefangen bei den Unterschriftensammlungen, Aktionen zur Unterstützung der Kandidaten und Protesten gegen die bereits im Wahlkampf einsetzenden Repressionen bis hin zur Entwicklung prinzipiell neuer Aktionsformen und technischer Mittel der Bürgerinitiativen (siehe die Plattform »Holas« und »Subr«) und zur Beteiligung bei der Besetzung der Wahlkommissionen und dem Organisieren einer unabhängigen Wahlbeobachtung u. v. m.

Der Ablauf der Präsidentschaftswahlen von 2020, das Vorgehen des Regimes und seiner Opponenten führten zu einem einzigartigen, in einer anderen Situation wohl kaum möglichen Zusammengehen aller »drei Welten« der Gesellschaft (diese Konzeption einer neuen sozialen Strukturierung wurde von Uladsimir Mazkewitsch entwickelt); Angehörige der »ersten Welt« ver-

fügen über innovative Technologien und ihre Selbstbestimmung bezieht sich eher auf einen globalen Kontext (was ihr Engagement bei innenpolitischen Prozessen seltener macht); Vertreter*innen der »zweiten Welt« definieren sich selbst in einer nationalen Dimension; und Angehörige der »dritten Welt« sind Menschen, die vorwiegend mit lokalen und individuellen Interessen leben und sich häufiger an äußere Veränderungen anpassen als aktiv an ihnen teilzunehmen.

3. Den dritten Kreis des Widerstands gegen das derzeitige Regime bilden schließlich jene, für die die Gewalt und die Willkür vom 9. bis 11. August und in der Zeit danach den letzten Anstoß für aktiven Widerstand gab. Die in der jüngsten belarusischen Geschichte beispiellose Brutalität, mit der in den ersten Tagen nach der Wahl gegen die Protestierenden vorgegangen wurde, die Ausweitung und Verstärkung der Repressionen (unter anderem mit Morden, Folter und Vergewaltigungen) führen dazu, dass sich die Reihen der Protestierenden schon vier Monate lang immer wieder füllen, weil mehr und mehr Menschen betroffen sind.

An der aktiven Konfrontation mit dem derzeitigen Regime sind heute Angehörige aller Generationen, aller Sektoren, verschiedenen Berufsstände und sozialer Schichten beteiligt. Ein Mittel, um diese Vielfalt sichtbar zu machen, sind die Erklärungen der »Zünfte«, die schriftlichen und Videobotschaften, speziellen Protestaktionen der verschiedenen sozialen und Berufsgruppen, die es besonders zahlreich im August und September gegeben hat, sich aber zum Teil bis heute fortsetzen. Schauspieler*innen und Sportler*innen, die IT-Branche, Wissenschaftler und Lehrer, Mediziner*innen und Bauarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen im Handel und in der Dienstleistungsbranche, Rentner*innen und Studierende, sie alle nehmen nicht einfach nur an Protestaktionen teil, sondern organisieren eigene Formate, mit denen sie ihr Engagement und die Zugehörigkeit zu ihrer »Zunft« deutlich machen.

Auch hier verfügen wir nicht über repräsentative Daten, mit denen sich ein sozio-demographisches Portrait der Anhänger eines Wandels der herrschenden Ordnung zeichnen ließe. Keine der vorliegenden Umfragen erhebt einen Anspruch auf Repräsentativität, doch stützen sich alle auf eine recht große Stichprobe. In erster Linie geht es um die systematischen Querschnittsuntersuchungen des Projektes »Narodnyj opros« (dt.: »Volksbefragung«; <https://narodny-opros.net/>) und die Daten der Plattform »Holas« (dt.: »Stimme«; <https://belarus2020.org/home>) zum sozio-demographischen Portrait ihrer Abonnenten, wie auch die darin enthaltenen Beobachtungen und Befragungen bei den Protestaktionen im August und September (Projekt »Holas wulizy«) Aufgrund dieser Umfragedaten, die sich vor allem auf den protestierenden

Teil der Gesellschaft richten, können wir folgendes konstatieren:

- Es besteht praktisch ein Geschlechtergleichgewicht, weder Männer noch Frauen überwiegen;
- Es überwiegt die Altersgruppe von 20 bis 45, dominiert aber nicht; alle Generationen sind involviert;
- Es überwiegen, jedoch nicht mit absoluter Dominanz der privater Sektor und neue Beschäftigungsformen (Freischaffende, Selbständige usw. gegenüber dem öffentlichen Sektor (aus dem kommt ungefähr ein Drittel derjenigen, die sich an aktiven Protestformen beteiligen);
- Es besteht eine ungefähr gleiche Verteilung der Aktivität auf Minsk einerseits und die Regionen andererseits (rund 50 % der Aktivitäten entfallen auf die Hauptstadt);
- Es überwiegen Menschen mit höherer Bildung.

Der Inhalt der Forderungen und die Besonderheiten der belarusischen Revolution

Der Inhalt der Hauptforderungen des protestierenden Teils der Gesellschaft wurde in der ersten Woche nach den Wahlen formuliert und bleibt bis heute konsolidiert. Sie laufen praktisch auf zwei Forderungen hinaus, von denen jede eine Reihe von Maßnahmen umfasst:

1) *Herstellung von Recht und Gerechtigkeit*: Ende der Gewalt und der Repressionen, Freilassung der politischen Gefangenen und Einstellung der politisch motivierten Strafverfahren, objektive Ermittlung und Bestrafung derjenigen, die an der Gewalt, den Folterungen und Ermordungen Schuld sind. 2) *Gewährleistung eines Übergangs der Macht*: Verhandlungen und Machtübergabe, Sicherstellung fairer und transparenter Neuwahlen in Belarus.

Trotz fehlender schneller Erfolge bleibt die Motivation zum Protest groß, wird aber komplexer und vielschichtiger. Neben einer Ausrichtung auf Veränderungen und eine Neuordnung des Staates und der Verwaltung führt das Vorgehen des Regimes zu einer immer breiteren ethischen Abneigung. Darüber hinaus wächst der »Preis« für das Regime, der bei einer Niederlage zu zahlen wäre: Es gibt immer mehr politische Gefangene, politisch motivierte Strafverfahren, Menschen, die ihre Arbeit verloren oder von anderen Repressionen betroffen sind, weil sie ihre Haltung bekundet haben – das erhöht die kollektive Verantwortung für einen gemeinsamen Erfolg der Protestierenden.

Ein zusätzlicher Motivationsfaktor ist die Vorstellung, dass *in dem Fall, dass das Regime nicht abgelöst werden kann, auf Belarus eine neue Welle der Repressionen und der Verfolgung Andersdenkender, eine internationale Isolation des Landes, eine verstärkte Abhängigkeit von Russland bis hin zu einem völligen Verlust der Souveränität,*

eine tiefgreifende Wirtschaftskrise und der massivste Brain-drain in der Geschichte des unabhängigen Belarus wartet.

Qualitative Untersuchungen der Stimmungen unter den Teilnehmer*innen der Protestaktionen habe sowohl im August und September wie auch im Oktober eine hohe Bereitschaft festgestellt, sich weiterhin und solange persönlich, in unterschiedliche Form und für lange Zeit an dem Druck auf das Regime zu beteiligen, bis das Ergebnis erreicht ist. Dabei bleibt die Ausrichtung auf eine gewaltlose Form der Protestaktionen weiterhin am stärksten verbreitet. Ein selbst in minimaler Weise radikales Vorgehen wie Straßenblockaden finden im Vergleich mit friedlichen Aktionen (Straßenaktionen, Hofversammlungen, individuelle und kollektive Videobotschaften, offene Briefe usw.) eine nur geringe Unterstützung; auch im Vergleich mit dem Kampf um den semiotischen Raum (weiß-rot-weiße Flaggen und Installationen, Wandbilder, Aufkleber, Graffiti usw.) und mit Streiks und Maßnahmen, um wirtschaftlichen Druck auszuüben.

Eine der Besonderheiten der belarusischen Revolution, über die man sich besonders im Vergleich mit den Prozessen in anderen postsowjetischen Staaten klar sein sollte, ist das Fehlen einer geopolitischen Komponente in den Forderungen und Stimmungen der Protestierenden. *Die derzeitigen Transformationsprozesse in der belarusischen Gesellschaft haben keine geopolitische Dimension, weder ursächlich noch inhaltlich.* Mit anderen Worten: Für die Belarusen ist nicht eine Entscheidung zwischen einem vermeintlichen Osten und einem vermeintlichen Westen, sondern eine Neugründung, ein Neustart des eigenen Staates und eine Änderung der politischen Struktur im Land das wichtigste Thema. Bereits 2014 war die Tendenz deutlich geworden, sich einer Entscheidung zwischen den geopolitischen Blöcken (EU und Russland) zu entziehen (IISEPS); seinerzeit war die Anzahl der Gegner beider geopolitischer Blöcke Umfragen zufolge gestiegen, was bedeutete, dass die Wahl der Belarusen sich immer weniger in der Logik »entweder nach Russland oder nach Europa, einen dritten Weg gibt es nicht« bewegte und immer stärker in der Logik einer eigenständigen Entwicklung.

Diese Haltungen sind bis heute vorhanden, was auch durch die Daten der Online-Umfrage von »Chatham House« vom September 2020 bestätigt wird, denen zufolge ein großer Teil (über 60 %) der Befragten entweder die Antwort »Beitritt zu beiden geopolitischen Blöcken gleichzeitig« oder »kein Beitritt zu einem der Blöcke« gab. Zweifellos hat die *Unterstützung, die Russland dem Regime von Lukaschenka gewährt, negative Folgen für dessen Image bei den Belarusen (wie das schon 2019 während der »Nötigung zur Integration« der Fall war), während die Unterstützung der Demokratiebewegung durch die europäischen Länder Dankbarkeit hervorruft.* Aller-

dings verfügen wir über keinerlei Belege, dass diese Prozesse einen nachhaltigen Einfluss auf die geopolitischen Orientierungen in der belarusischen Gesellschaft haben.

Eine weitere markante Besonderheit der belarusischen Revolution von 2020 ist der hohe Grad der Selbstorganisation und Dezentralisierung zunächst der Protest- und später der revolutionären Bewegung. In Belarus gehört die Frage der politischen Führerschaft zu den heikelsten Aspekten: All die Jahre hat das Regime in Belarus alles daran gesetzt zu verhindern, dass eine Person aus der Oppositionsbewegung oder auch nur aus der Wirtschaft oder dem Staatsapparat in der Gesellschaft große Popularität erlangt. *Der personalistische Charakter des Regimes macht es erforderlich, dass allein die Figur Lukaschenka auf dem Bildschirm des Massenbewusstseins präsent ist. Das hat unter anderem dazu geführt, dass sich jetzt die gesamte Protestenergie auf diese Figur konzentriert.* Die Wahlkampagne von 2020, deren Beginn deshalb so aufsehenerregend war, weil neue und recht überraschende Anwärter auf eine Führung auftraten (Sjarhej Zichanouski, Wiktar Babaryka, in geringerem Maße Walery Zapkala), drohte diesen »Fluch des Schweigens« aufzubrechen. Somit entsprach die harte Neutralisierung potenzieller Anführer zu Beginn des Wahlprozesses durchaus dem Geist der Politik des Regimes. Allerdings hatte das gewohnte Vorgehen diesmal nicht die gewohnte Wirkung. Die Verstärkung der Repressionen und der Druck auf alle, die auch nur versuchen würden, sich in eine Führungsposition zu bringen, führten dazu, dass die Bewegung für einen Wandel im Land sich vollkommen von unten entwickelte, durch eine Vielzahl einzelner Bürgerinitiativen und Gruppen, die unterschiedliche Aufgaben und die Selbstorganisation der Bürger übernahmen.

Ab dem September gewann die Bildung lokaler Gemeinschaften von Bewohnern der Städte, Stadtteile und Höfe an Schwung. Sie begannen zusammenzuarbeiten und ihr Vorgehen mit Hilfe lokaler Telegram-Chats zu koordinieren (heute gibt es landesweit über 1.000 solcher Chats; gefolgt von einer realen Koordination. War das Vorgehen der lokalen Gemeinschaften in der Anfangszeit mit einer Beteiligung an den landesweiten Protestaktionen verbunden (sonntägliche Protestmärsche, Streikbewegung, Initiativen zur Abberufung von Parlamentsabgeordneten), so begannen sie mit der Zeit, eigene Aktionsrichtungen zu schaffen und weiterzuentwickeln und ihre lokalen Aktivitäten zu organisieren.

Gleichzeitig bleibt das Vertrauen zu den Führungspersönlichkeiten und Strukturen der Bewegung, die versuchen, repräsentative und politische Funktionen auszuüben, auf recht hohem Niveau. Straßenumfragen im September und periodische Querschnitte des Projektes »Volksbefragung« zeigen, dass *Swjatlana Zichanouskaja*

weiterhin die symbolische Anführerin ist, der man bereit ist, in der »Übergangsperiode« bis zur Abhaltung von Neuwahlen die Leitung zu übertragen. Die meisten Aktionen, die Swjatlana Zichanouskaja und ihr Team in Litauen initiieren, wie auch die Initiativen, die der Koordinationsrat startet, stoßen auf Zustimmung (die umstrittenste Initiative war wohl jene, die auf eine Abkoppelung von Belarus vom Zahlungssystem »SWIFT« abzielte). Andererseits hat dieses Vorgehen bis heute nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der Lage geführt, und keine

der Strukturen, die versuchen, politische Funktionen zu übernehmen, hat bisher eine schlüssige Strategie für ein weiteres Vorgehen vorgelegt. Somit verbleibt bei allem Vertrauensvorsprung an die Personen und Strukturen, die ein politisches Mandat übernommen haben, die Führungsrolle innerhalb des Landes de facto bei der selbstorganisierten Zivilgesellschaft, die das Tempo und die Richtung vorgibt, in der das Regime unter Druck gesetzt wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

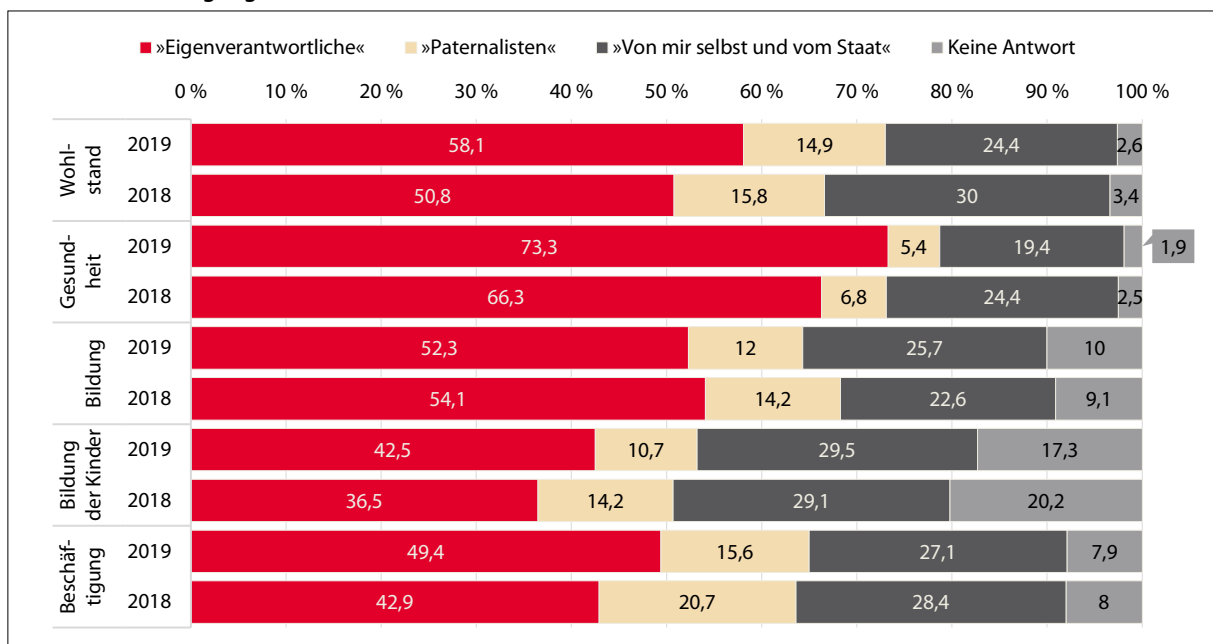
Über die Autorin

Dr. Oksana Shelest ist promovierte Soziologin und Analytikerin des »Zentrums für europäische Transformation«. Sie hat das Institut für Soziologie der Belarusischen Staatlichen Universität absolviert und war Doktorandin am Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus. Sie ist leitende Direktorin des »Zentrums für soziale Innovationen« und Mitglied von »EuroBelarus«. Ihre Interessenschwerpunkte sind Fragen der Zivilgesellschaft, der öffentlichen Meinung und der sozialen Transformation.

UMFRAGEN

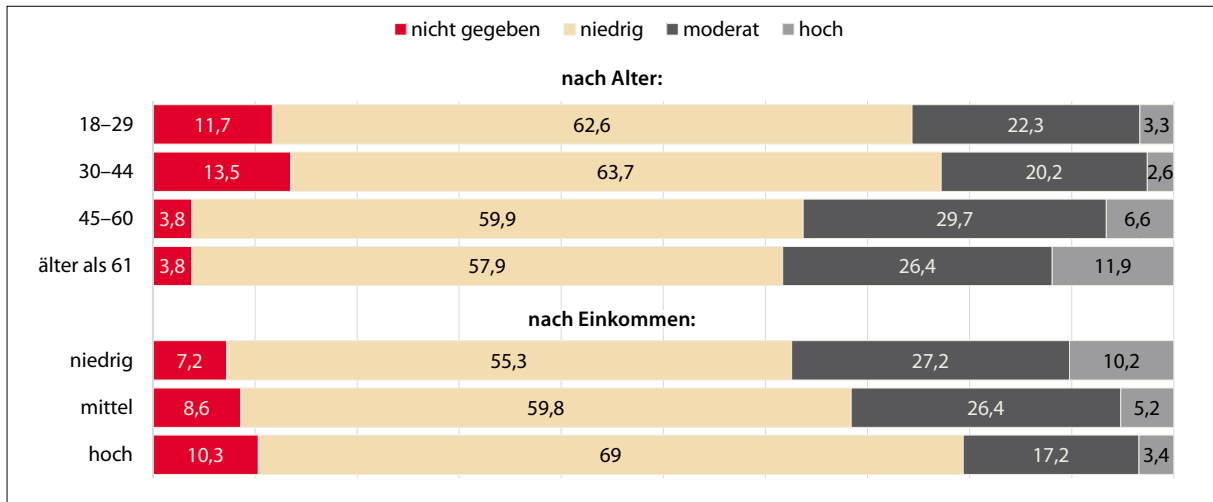
Umfragen zu Werteorientierungen und Status quo

Grafik 1: Wovon hängen diese Aspekte des Lebens stärker ab, von staatlichem Handeln oder den eigenen Anstrengungen? (MIA Research; in %; nach Jahren)



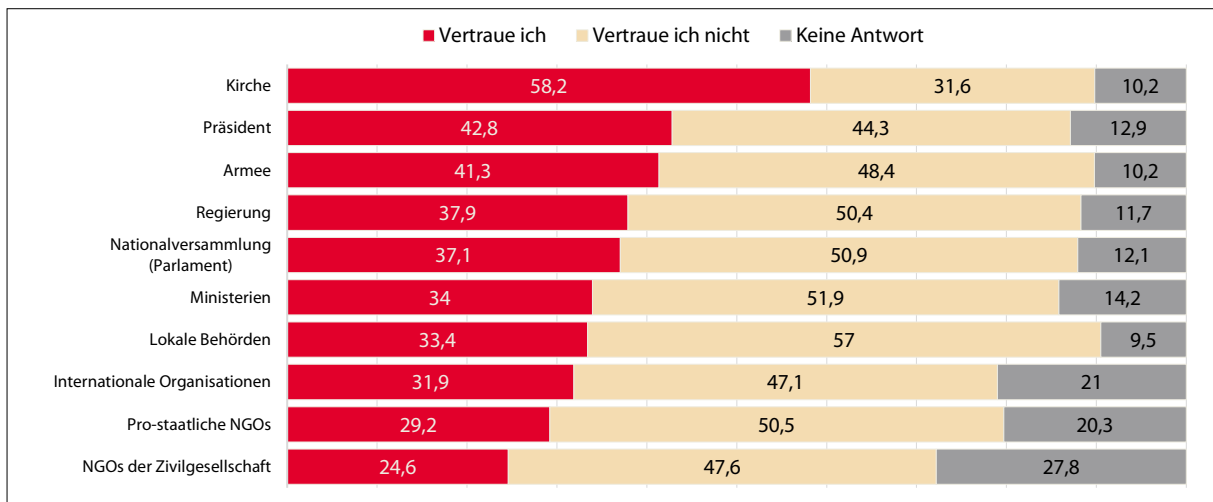
Quelle: *Schto dumajut belorusy? Belorusy ne werjat, tschto mogut powlijat na gosudarstwo*, <https://thinktanks.by/project/2020/01/14/belorusy-ne-veryat-chto-mogut-povlijat-na-gosudarstvo-i-vse-menshe-polagayutsya-na-nego.html>

Grafik 2: Niveau des Paternalismus je nach Alter und Einkommen (IPM, 2018; in %)



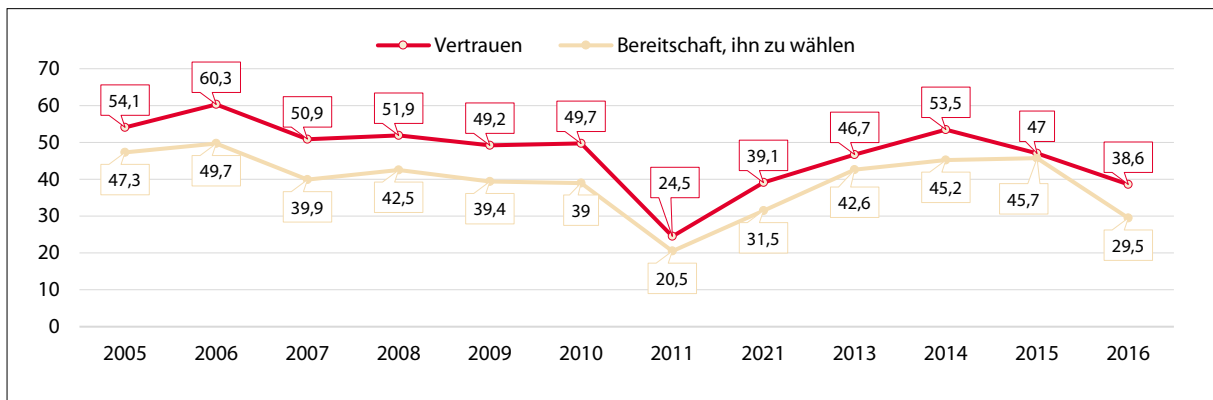
Quelle: Zennosti naselenija Belarusi, IPM, 2019, S. 15, http://www.research.by/webroot/delivery/files/SR_19_01.pdf

Grafik 3a: Vertrauen Sie folgenden Institutionen in Belarus? (SYMPA, 2018, in %)



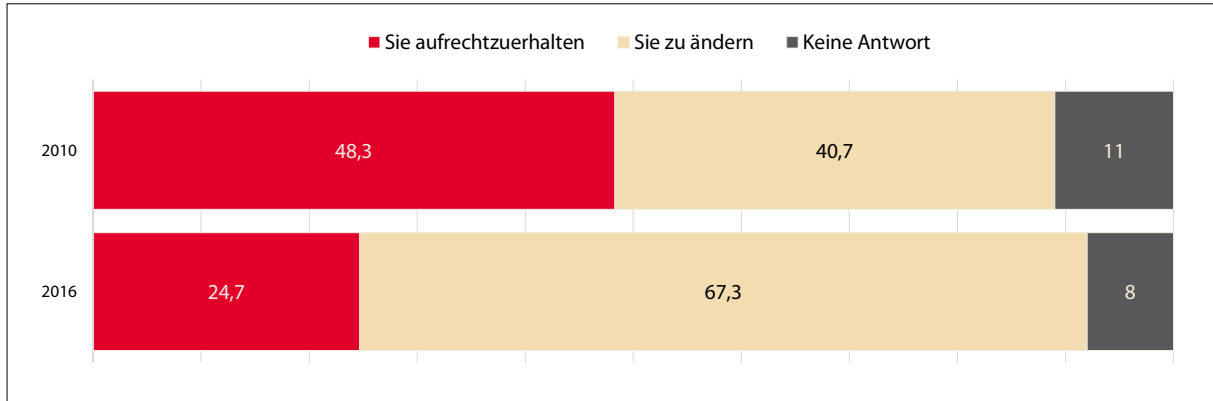
Quelle: Grazhdanskoe obščestwo w Belarusi: dowerie i utschastie naselenija, osobennosti wsaimodejstwija s gosudarstwom, http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/civil_society_research_2018.pdf

Grafik 3b: Vertrauen zu Präsident Lukaschenka und Bereitschaft, ihn zu wählen, nach Jahren (IISEPS; in %)



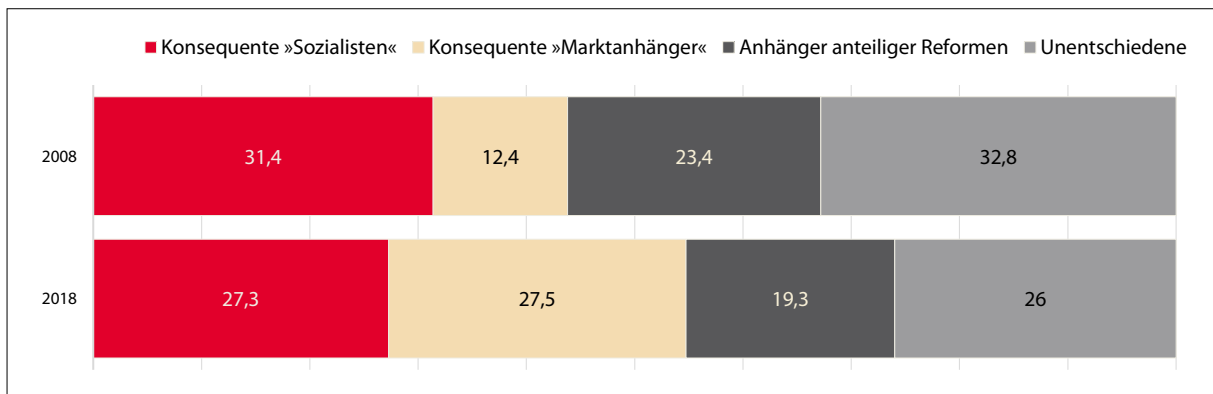
Quelle: Pryhody reityngy presidenta, abo jaki prazent u Lukaschenki, <https://news.tut.by/economics/688764.html>

Grifik 4: Was ist für Sie heute wichtiger – die aktuelle Situation im Land aufrechtzuerhalten oder sie zu ändern? (nach Jahren; in %)



Quelle: Nazionalnyj opros 14–24 oktjabrja 2010, IISEPS, <http://www.iiseps.org/?p=2744>; IISEPS, Nazionalnyj opros 2–12 marta 2016, <http://www.iiseps.org/?p=4278>

Grifik 5: »Sozialisten«* und »Marktanhänger« unter den Belarus*innen (nach Jahren; in %)**

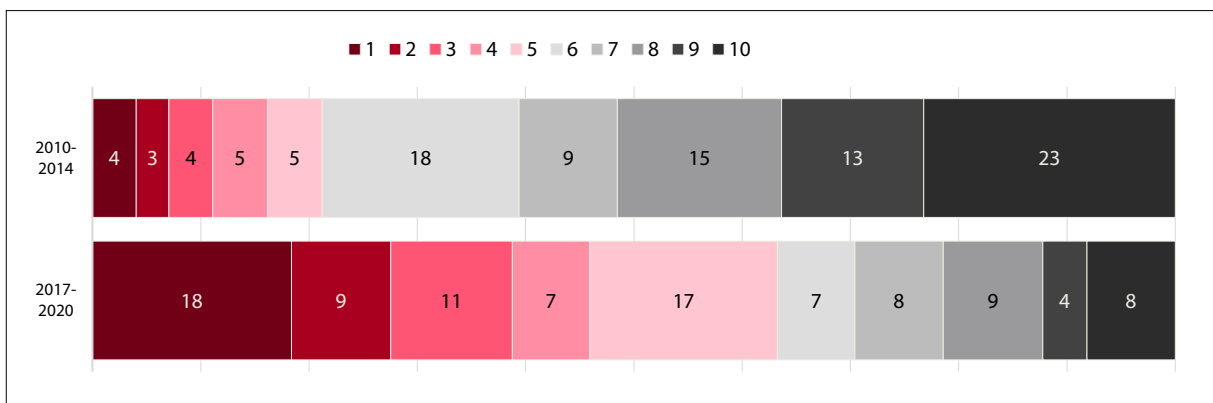


* Befürworter einer stärkeren Rolle des Staates

** Befürworter einer schwächeren Rolle des Staates

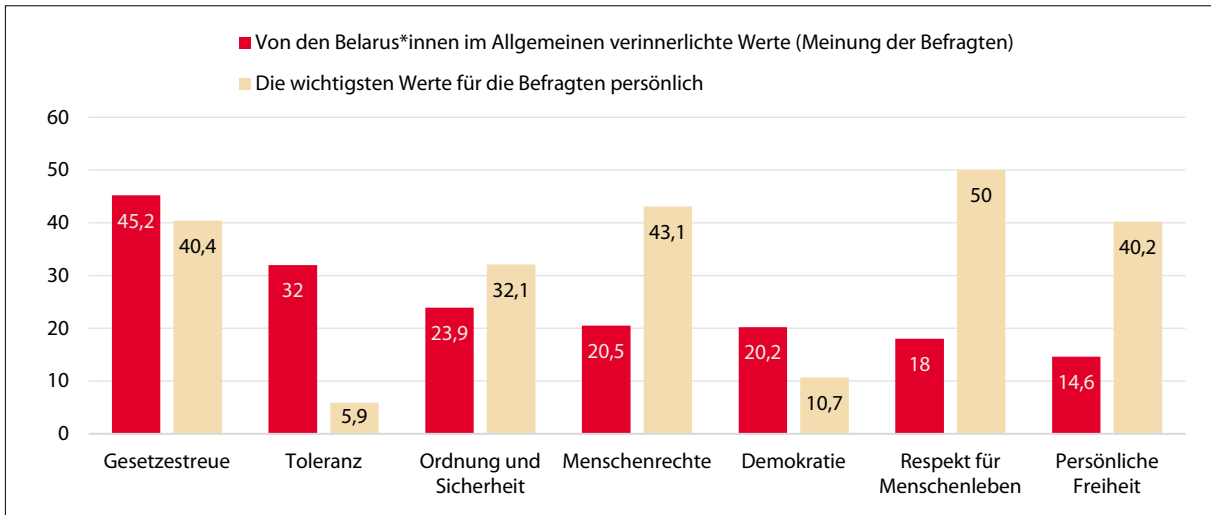
Quelle: Zennosti naselenija Belarusi, IPM, 2019, S. 19, http://www.research.by/webroot/delivery/files/SR_19_01.pdf

Grifik 6: Wo verorten Sie Ihre Meinung zu folgender Frage auf einer Skala von 1 bis 10, wenn 1 für »Die Menschen sollten selbst mehr Verantwortung dafür übernehmen, sich zu versorgen« und 10 für »Der Staat sollte mehr Verantwortung dafür übernehmen, die Menschen zu versorgen« steht? (World Value Survey; nach Jahren; in %)



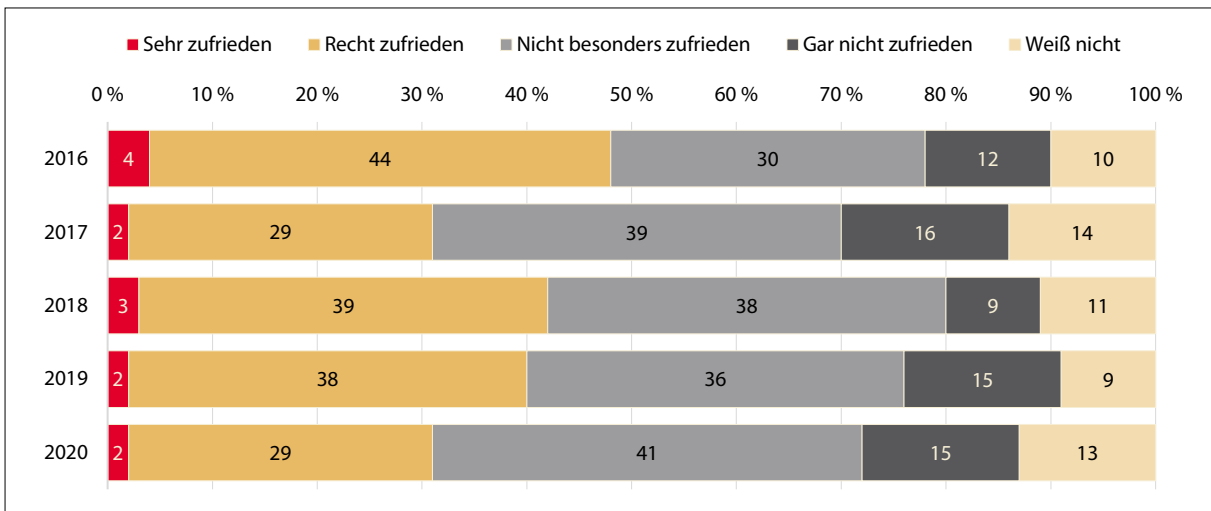
Quelle: Najistotniejschaj smenaj stau rost wery va ulasnyja sily. »Wywutschanaja besdapamoshnasz« sastupaje mesza autonomnamu dzijannu, <https://belinstitute.com/be/article/belarusy-zmyanilisya-za-aposhniya-dzesyac-god-ab-getym-svedchyc-7-aya-khvalya-apytannau-pa>

Grafik 7: Von den Belarus*innen im Allgemeinen verinnerlichte Werte und Werte, die ihnen persönlich wichtig sind (Pact, 2017; in %)



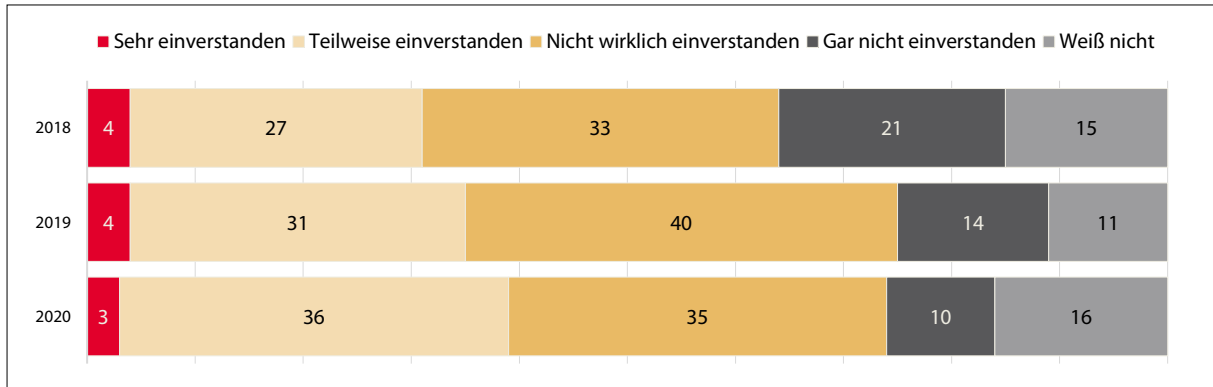
Quelle: *Belorusskoje obschtschestwo: test na grashdanstwennost*, Pact, 2017, S. 8, https://www.pactworld.org/sites/default/files/Belarus_Civic_Literacy_Test_Memo_RU_final_.pdf

Grafik 8: Inwieweit sind Sie damit zufrieden, wie die Demokratie in Belarus funktioniert? (nach Jahren; in %)



Quelle: *EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 4th Wave (Spring 2019)*, S. 24, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2019-07/EUNEIGHBOURS%20east_AS2019report_BELARUS.pdf; *EU Neighbours east, Annual survey report: Belarus, 5th Wave (Spring 2020)*, S. 25, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2020-06/EUNEIGHBOURS_east_AS2020report_BELARUS.pdf

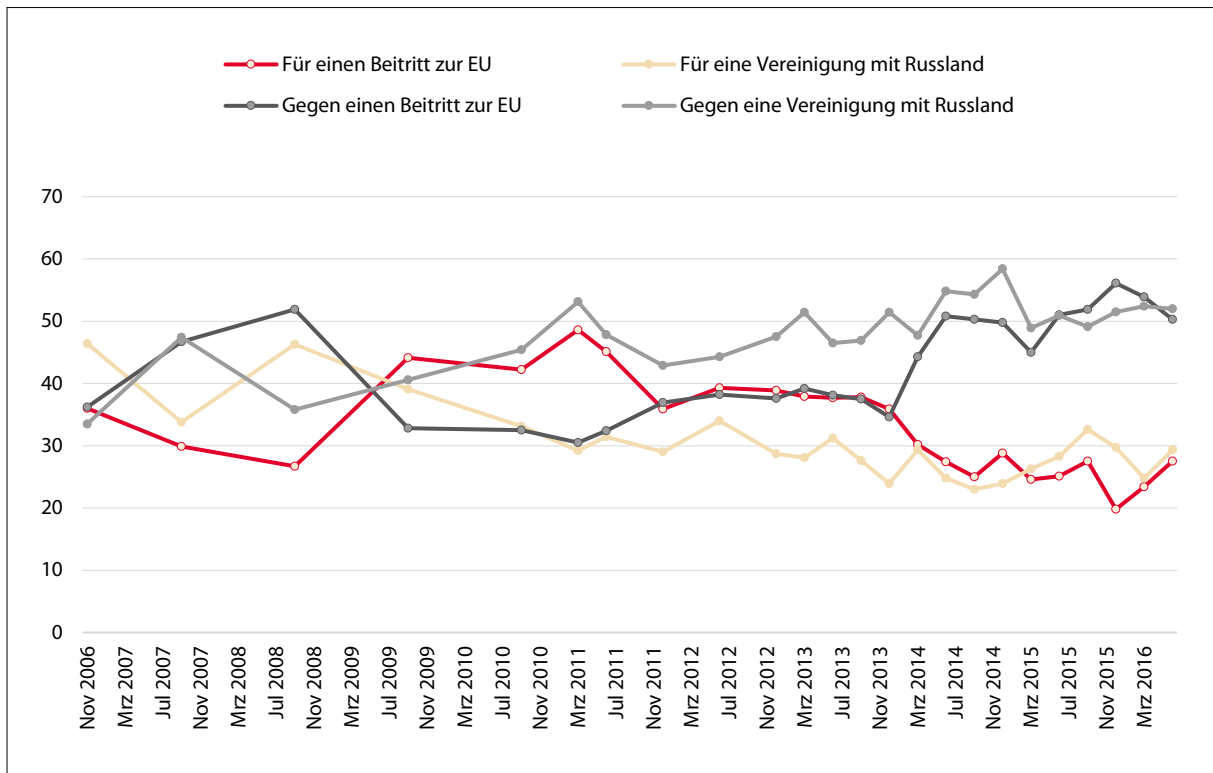
Grafik 9: Inwieweit sind Sie mit der folgenden Aussage einverstanden: »Die EU fördert die Wahrung traditioneller Werte in unserer Gesellschaft?«



Quelle: Annual survey report: Belarus 4th Wave, EU Neighbours East (Spring 2019), S. 10, <https://www.euneighbours.eu/en/east/stay-informed/publications/opinion-survey-2019-belarus>; Annual survey report: Belarus 5th Wave, EU Neighbours East (Spring 2020), S. 10, https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2020-06/EUNEIGHBOURS_east_AS2020report_BELARUS.pdf

Umfragen zu geopolitischer Orientierung

Grafik 1: Geopolitische Selbstbestimmung der Belarus*innen 2005 – 2016 (in %)
 Antworten auf die Fragen »Wenn morgen ein Referendum über einen Beitritt von Belarus zur EU stattfinden würde, wie würden Sie abstimmen?« und »Wenn morgen ein Referendum über eine Vereinigung von Belarus und Russland stattfinden würde, wie würden Sie abstimmen?«



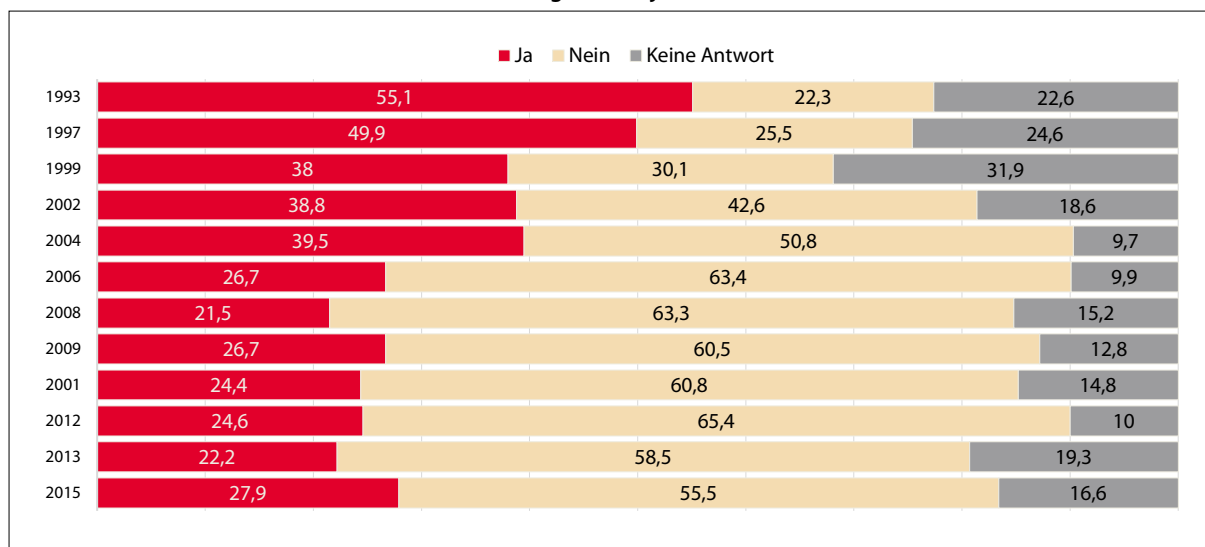
Quelle: IISEPS, Dinamika belorusskogo obschtschestvennogo mnenija, <http://www.iiseps.org/?p=114>

Tabelle 1: Geopolitische Selbstbestimmung der Belarus*innen 2005 – 2016 (in %)
Antworten auf die Fragen »Wenn morgen ein Referendum über einen Beitritt von Belarus zur EU stattfinden würde, wie würden Sie abstimmen?« und
»Wenn morgen ein Referendum über eine Vereinigung von Belarus und Russland stattfinden würde, wie würden Sie abstimmen?«

	Für einen Beitritt zur EU	Für eine Vereinigung mit Russland	Gegen einen Beitritt zur EU	Gegen eine Vereinigung mit Russland
November 2006	36	46,4	36,2	33,5
September 2007	29,9	33,8	46,7	47,4
September 2008	26,7	46,3	51,9	35,8
September 2009	44,1	39,1	32,8	40,6
September 2010	42,2	33,1	32,5	45,4
März 2011	48,6	29,2	30,5	53,1
Juni 2011	45,1	31,4	32,4	47,8
Dezember 2011	35,9	29	36,9	42,9
Juni 2012	39,3	34	38,2	44,3
Dezember 2012	38,9	28,7	37,6	47,5
März 2013	37,9	28,1	39,2	51,4
Juni 2013	37,7	31,2	38,1	46,5
September 2013	37,8	27,6	37,5	46,9
Dezember 2013	35,9	23,9	34,6	51,4
März 2014	30,2	29,3	44,3	47,7
Juni 2014	27,4	24,8	50,8	54,8
September 2014	25	23	50,3	54,3
Dezember 2014	28,8	23,9	49,8	58,4
März 2015	24,6	26,3	45	48,9
Juni 2015	25,1	28,3	51	50,9
September 2015	27,5	32,6	51,9	49,1
Dezember 2015	19,8	29,7	56,1	51,5
März 2016	23,4	24,8	53,9	52,4
Juni 2016	27,5	29,3	50,3	52

Quelle: ISEPS, *Dinamika belorusskogo obschtschestwennogo mnenija*, <http://www.iiseps.org/?p=114>

Grafik 2: Würden Sie sich eine Wiederherstellung der Sowjetunion wünschen? (1993–2015, nach Jahren; in %)



Quelle: ISEPS, *Dinamika belorusskogo obschtschestwennogo mnenija*, <http://www.iiseps.org/?p=114>

Die Loyalität des belarusischen Sicherheitsapparats bröckelt (noch) nicht

Nadja Douglas (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin)

DOI: 10.31205/BA.053.02

Text auf dem Stand vom 17.12.2020

Zusammenfassung

Der belarusische Sicherheitsapparat ist unerlässlich für den Machterhalt des de facto abgewählten Staatspräsidenten Aljaksandr Lukaschenka. Es handelt sich um ein geschlossenes System, in das kaum jemand vertieften Einblick erhält. Bemühungen der oppositionellen Kräfte Angehörige der Sicherheitsstrukturen zum Überlaufen zu bewegen fruchteten bislang kaum. Doch es gibt vereinzelt Anzeichen, dass die Loyalität gegenüber dem Machthaber bröckeln könnte. Die beispiellose Polizeigewalt gegenüber unschuldigen Bürger*innen, verübt durch Spezialeinheiten der Miliz, sind ein maßgeblicher Faktor für das verlorengegangene Vertrauen in staatliche Institutionen. Nur ein umfassender politischer Wandel, einschließlich einer grundlegenden Reform der Sicherheitsstrukturen, bietet einen Ausweg aus der politischen Krise.

Sicherheitsapparat im autoritären Belarus

Der belarusische Sicherheitsapparat hat sich als entscheidender Faktor in der nunmehr viermonatigen Auseinandersetzung zwischen Staatsapparat und gesellschaftlicher Opposition erwiesen. Die Niederschlagung der Proteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen im August wurden und werden begleitet von einer beispiellosen Welle der Gewalt, ausgeübt von Spezialeinheiten der Miliz und Mitarbeiter*innen in den belarusischen Untersuchungsgefängnissen.

Obwohl der Sicherheitsapparat traditionell ein geschlossenes System ist und fast alle Informationen rund um die Beschäftigten als geheim eingestuft sind, lassen sich dennoch auf Grundlage inoffizieller Informationen Aussagen über den personellen und strukturellen Aufbau treffen. Die mächtigsten Organe innerhalb des Sicherheitsapparats sind unzweifelhaft der belarusische Geheimdienst KGB, mit weitreichenden Befugnissen sowie Einfluss bis in die Präsidialadministration, sowie das Innenministerium MVD. Die innere Sicherheit wurde in den letzten Jahren erheblich gestärkt und im Staatshaushalt priorisiert (die Etats von KGB und MVD stiegen kontinuierlich an im letzten Jahrzehnt, siehe Grafik 2). Die Zahl der Militärs und Truppen des Innenministeriums überragt bei weitem die Anzahl der belarusischen Streitkräfte. Darüber hinaus bemerkenswert ist die Tatsache, dass Belarus im Verhältnis zur Einwohnerzahl über eine weitaus höhere Zahl innerer Sicherheitskräfte verfügt, als beispielsweise die Nachbarstaaten Polen und die Ukraine (siehe Grafik 1).

Verantwortlich für die Niederschlagung der Proteste ist die seit Sowjetzeiten nicht umbenannte Miliz, die nationale Polizei Belarus'. Das Sondereinsatzkommando der Miliz, OMON (auf belarusisch AMAP), ist eine Art Bereitschaftspolizei, die verantwortlich ist für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. De facto ist

ihre Hauptaufgabe Demonstrationen aufzulösen, Massenveranstaltungen zu kontrollieren, sowie »subversive Elemente« zu verhaften. Insgesamt haben sich gerade diese Machtstrukturen als reformresistent erwiesen, dominiert von Traditionalisten und Hardlinern.

OMON-Einheiten werden gelegentlich unterstützt von Truppen des Innenministeriums oder Spezialeinheiten anderer Ressorts. Wegen fehlender Insignien und Erkennungsmarken (vielfach agieren sie in zivil) ist es im Einzelfall schwer zu beurteilen aus welcher Einheit sie stammen.

Die dem belarusischen Innenministerium unterstehenden Strukturen bilden das Rückgrat des Regimes und sind unerlässlich für den Machterhalt des de facto abgewählten Staatspräsidenten Aljaksandr Lukaschenka. Alle Bemühungen von außen einen vertieften Einblick in diese staatlichen Machtstrukturen zu erhalten, geschweige denn den Apparat zu spalten oder Individuen zum Überlaufen zu bewegen, blieben bislang weitestgehend ergebnislos.

Woher kommt die neue Dimension der Gewalt?

Repressionen von Aktivist*innen und Bürger*innen durch Polizeikräfte sind kein gänzlich neues Phänomen in Belarus. In Belarus hat die Zivilgesellschaft bereits in der Vergangenheit, beispielsweise im Zusammenhang mit Protesten im Nachgang früherer Präsidentschaftswahlen, negative Erfahrungen mit den Sicherheitsorganen gemacht. Dennoch ist die heutige Dimension der Polizeigewalt, vor allem gegen Frauen und alte Menschen, beispiellos in der Geschichte des Landes. Es gibt mehrere Faktoren, die diese Gewaltzunahme erklären. Zum einen soll Gewalt als Abschreckung dienen. Den Mitgliedern der Sicherheitsorgane wird befohlen, Gewalt anzuwenden, um die demonstrierenden Bür-

ger*innen einzuschüchtern und von weiteren Protesten abzuhalten. Diese Taktik kann als gescheitert angesehen werden – im Gegenteil, die brutale Polizeigewalt hat die Menschen derart empört, dass sie eher zu weiteren Protesten mobilisierte. Hinzu kommt der Faktor Anonymität: Den Polizeikräften wurde und wird bewusst erlaubt im Schutze der Anonymität zu agieren, denn es gibt keinerlei Vorschriften, die besagen würden, dass sie ihre Gesichter zeigen oder Erkennungsmerkmale tragen müssen. Geschädigte haben dadurch keine Anhaltspunkte, wen sie für erfahrene Gewalt zur Rechenschaft ziehen oder verklagen können. Außerdem senkt die anonyme Fassade einer Maske oder Balaklava die Hemmschwelle bei Individuen Gewalt auszuüben.

Was für Menschen arbeiten im Sicherheitsapparat?

In den Sicherheitsstrukturen des MVD arbeiten fast ausnahmslos *Kontraktniki*, d. h. unter festem Vertrag stehende Kräfte. Diese müssen strenge Aufnahmekriterien erfüllen, welche vor allem physische und psychische sowie ideologische Tauglichkeit voraussetzen, sowie eine ausgeprägte Loyalität zum herrschenden politischen System. Die zumeist jungen Männer werden bei der Aufnahme von der Wehrpflicht befreit, bekommen Ausbildungszeiten vergütet und andere Privilegien (im Alter auch höhere Pensionen), die allerdings auch mit Verpflichtungen einhergehen. Es wurde wiederholt berichtet, dass es sich größtenteils um Menschen aus strukturell schwachen Regionen des Landes handelt, die kaum Zugang zu alternativen zivilen Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Aussteiger berichten, wie massiv der ausgeübte Druck innerhalb der Strukturen ist und wie schwierig bzw. fast unmöglich es ist, auf dem zivilen Arbeitsmarkt eine neue Beschäftigung zu finden.

Ein weiterer Faktor, der für die oben beschriebene Gewalt bedeutsam ist und die Angehörigen des Sicherheitsapparates eng an das herrschende Regime bindet, ist die in Belarus derzeit herrschende Straffreiheit für Angehörige der Sicherheitsorgane. Es gibt noch immer kein einziges Strafverfahren gegen einen Militärsoldaten oder einen Angehörigen der Spezialeinheit OMON. *Menschenrechtler*innen zufolge kann in Belarus mittlerweile von einer »Kultur der Straffreiheit« gesprochen werden.* Es muss somit in Betracht gezogen werden, dass das Regime schlimme Verbrechen von OMON-Einheiten bewusst in Kauf nimmt, weil diese sich dadurch in eine noch größere Abhängigkeit begeben. Die einzelnen Militärsoldaten und vor allem die Befehlshaber wissen allzu gut, dass sie nur unter Lukaschenka Straffreiheit genießen und nach einem Regimewechsel möglicherweise nicht unter ein Amnestiegesetz fallen. Sie haben daher ein begründetes Interesse daran, den Status quo so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Sie sind sozu-

sagen Komplizen des Regimes und daher zur Loyalität gezwungen.

Situation in Untersuchungsgefängnissen

Mittlerweile sind es mehr als 30.000 Menschen, die im Zusammenhang mit den Protesten 2020 in Belarus zeitweilig in Haft waren oder es noch immer sind. Das Strafvollzugssystem, einschließlich der Untersuchungsgefängnisse, Haftanstalten und Straflager, wurde seit Sowjetzeiten nachweislich nicht reformiert. Gerade im Ausland ist man aufgrund der Berichte von freigelassenen Demonstrierenden erstmals auf die desolaten Zustände in belarusischen Gefängnissen aufmerksam geworden. Inhaftierte Aktivist*innen, Protestierende sowie arglose Bürger*innen wurden und werden Opfer teils brutaler physischer und psychischer Gewalt. Die hygienischen Bedingungen, insbesondere in Zeiten der Pandemie gelten als katastrophal. Infolge immer neuer Verhaftungswellen, werden die Menschen in überfüllten Zellen zusammengefercht. Die Mehrheit wird im Zusammenhang mit Verwaltungsstrafen für maximal 15 Tage festgehalten und kommt nach Zahlung einer Strafe wieder frei.

Gegen ca. 900 Inhaftierte haben staatliche Stellen jedoch Strafverfahren eröffnet, meist ohne belastbare Beweise und auf der Grundlage fabrizierter Straftatbestände. Das bekannteste Beispiel ist der Fall von Maryja Kalesnikawa, eine der führenden Köpfe des Koordinationsrates (bezeichnet sich als Vertretungsorgan der belarusischen Gesellschaft: <https://rada.vision/en>), die seit Anfang September in Untersuchungshaft sitzt. Gegen sie wurde Anklage erhoben wegen Aufruf in den Medien und im Internet zu Handlungen, die die staatliche Sicherheit gefährden. Kalesnikawa selbst hat gegen die Sicherheitsbehörden und den KGB wiederum Anzeige wegen Morddrohungen, Misshandlung und Folter erstattet. Nachdem die ersten Fälle vor Gericht kamen, wird immer deutlicher, dass die Mehrzahl der politischen Gefangenen harte mehrjährige Haftstrafen in Straflagern zu erwarten haben.

Vereinzelte Berichte über Folter und Vergewaltigungen sind mittlerweile ebenfalls belegt und werden von Menschenrechtlern thematisiert. Diese weisen darauf hin dass diese Praktiken Menschenrechtsverletzungen darstellen, die u. a. gegen den UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstoßen, welchen Belarus unterzeichnet und ratifiziert hat.

Verantwortung vor internationalen Gerichten?

Ein grundsätzliches Problem in Belarus ist das Fehlen eines unabhängigen Aufsichtsorgans über die Polizei- und andere Sicherheitsbehörden. Demzufolge laufen Beschwerden über Misshandlungen durch Bereitschafts-

polizisten meist ins Leere und in der Regel werden keine Ermittlungen aufgenommen. Tatsächlich könnte die Polizeigewalt in Belarus und die Folter in den Untersuchungsgefängnissen als Verbrechen der Aggression und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet werden und somit in die Zuständigkeit internationaler Gerichte fallen. Es gibt jedoch derzeit auf regulärem Weg keine Möglichkeit Fälle von Menschenrechtsverletzungen auf der internationalen Ebene vor Gericht zu bringen, denn Belarus ist weder Unterzeichner der Europäischen Menschenrechtskonvention noch des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag.

Ein erster Schritt im Hinblick auf eine unabhängige internationale Einschätzung der Menschenrechtssituation in Belarus wurde durch die Aktivierung des Moskauer Mechanismus der OSZE unternommen. Dieser Mechanismus kann ausgelöst werden, wenn in einem Teilnehmerstaat mutmaßlich eine besonders schwerwiegende Gefährdung innerhalb der menschlichen Dimension der OSZE vorliegt. 17 teilnehmende Staaten ernannten den Völkerrechtler Prof. Wolfgang Benedek zum Berichterstatter für die Expertenmission. Dieser legte dem Ständigen Rat der OSZE am 5. November die Ergebnisse seiner Untersuchung vor, in welchem er die Berichte über Wahlverstöße, über die Verletzung von Grundrechten und die fehlende Strafverfolgung von Verbrechen, ausgeübt von Sicherheitsorganen, im Wesentlichen bestätigte.

Spaltung des Sicherheitsapparates?

Die belarusische Opposition und Demonstrierenden haben unterschiedlichste Strategien ausprobiert um mit den Sicherheitskräften in Dialog zu treten, und sie davon zu überzeugen, dass ihr Verhalten moralisch nicht vertretbar ist. Zunächst taten sie dies mithilfe von Argumenten, später griffen sie auf Emotionen zurück, um dann schließlich mit Drohungen vor Konsequenzen und öffentlichen Anprangern offensiver vorzugehen. Protestierende begannen Uniformierten und Polizisten in zivil gezielt Masken und Sturmhauben runterzureißen, um sie auf diese Weise zu demaskieren, zu filmen und ihre Identitäten im Internet zu veröffentlichen.

Mit Unterstützung der belarusischen Hacker-Gruppe »Cyber partisans« wurden Daten von über 1000 Angestellten des belarusischen Innenministeriums, die nachweislich an der Niederschlagung der Proteste beteiligt waren, auf dem Telegram Kanal NEXTA veröffentlicht. Zwar gab es eine panische Reaktion des Innenministeriums, das mit strafrechtlichen Konsequenzen für die Verantwortlichen drohte, aber sonst passierte nichts weiter. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Online-Initiativen, die Zeugenaussagen und Belege für von Sicherheitsstrukturen begangene Verbrechen sammeln. Darunter fallen das Projekt »23.34« (dabei

handelt es sich um einen vielzitierten Paragraphen aus dem Ordnungswidrigkeitsgesetz, auf dessen Grundlage die meisten Verhaftungen im Zusammenhang mit Protesten erfolgen: <https://www.23-34.net/?lang=en>) sowie das »Einheitliche Register von Verbrechen«. Auf diesen Webseiten können Betroffene, sowohl Zivilisten als auch Vertreter*innen der Sicherheitsorgane, Online-Formulare ausfüllen und über ihren Fall berichten. Des Weiteren ist auf Initiative des Nationalen Anti-Krisenmanagements (<https://belarus-nau.org/en>) von ehemaligen Angehörigen der Sicherheitsstrukturen das Projekt »ByPol« gegründet worden, das ähnlich wie »BySol« als Solidaritätsfond für Polizeiangehörige fungiert, die entlassen wurden oder ihren Dienst quittierten. ByPol dokumentiert darüber hinaus Verbrechen von Angehörigen der Strafverfolgungsorgane und befasst sich mit Fragen der Reform der Sicherheitsstrukturen.

Es gibt periodische Berichte und Spekulationen darüber, dass die Loyalität des Sicherheitsapparates bröckeln würde. Im Internet kursierten insbesondere im August vielfach Berichte von ehemaligen Mitgliedern von Spezialeinheiten, die ihren Dienst quittiert hatten und nicht mehr Teil des Unterdrückungsapparates sein wollten. Doch diese Berichte nahmen ab September wieder ab und betrafen zumeist Vertreter*innen niedriger Dienstgrade. Nichtsdestotrotz mehren sich Berichte der Opposition darüber, dass es eine gewisse Erschöpfung bei Vertretern der OMON gäbe (sie sind seit Monaten jedes Wochenende im Dauereinsatz). Etwa 300–400 Angehörige der Sicherheitsorgane haben seit dem 9. August ihren Dienst quittiert. Das ist im Verhältnis zur Größe des Apparates und in Anbetracht der Schwere der begangenen Verbrechen ein verschwindend geringer Teil. Obgleich es eine Reihe von Angeboten für Überläufer gab und gibt. Aussteiger vermuten, dass insbesondere hohe Schulden diese Menschen an den Staat binden. Sie erhalten (meist noch in der Ausbildung und vor Beginn ihres eigentlichen Arbeitsvertrages) hohe Vorauszahlungen. Dies bedeutet, für den Fall dass sie vorzeitig ausscheiden, dass sie hohe Summen an den Staat zurückzahlen müssen.

Ausweg aus der heutigen Situation

Die Beziehung zwischen Polizei und Bürger*innen in Belarus ist zerrüttet und gekennzeichnet von tiefem gegenseitigem Misstrauen. Diese Beziehung kann als emblematisch angesehen werden für die dysfunktionalen Staat-Gesellschaft-Beziehungen im Land. In Belarus war und ist die gesellschaftliche Abhängigkeit vom Staat ausgeprägter als anderswo. Diese beruhte auf den Regeln eines ungeschriebenen Gesellschaftsvertrages, im Rahmen dessen die Menschen lange Zeit die Einschränkungen ihrer politischen Freiheiten und Partizipationsmöglichkeiten zugunsten eines funktionierenden

Wohlfahrtsstaat und Stabilität im Land akzeptierten. Eine Kombination verschiedener Faktoren hat 2020 dazu geführt, dass eine Mehrheit in Belarus diesem Pakt und dem herrschenden Regime nun ablehnend gegenüberstehen. Einen Ausweg aus der derzeitigen Situation

kann langfristig nur ein tiefgehender politischer und ökonomischer Wandel bieten. Die Reform der Sicherheitsstrukturen wird ein zentrales Element dieser bevorstehenden Herausforderung sein.

Über die Autorin

Dr. Nadja Douglas ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören sicherheitspolitische Fragestellungen, Staat-Gesellschaft-Beziehungen sowie die politisch-militärische Dimension im OSZE-Raum.

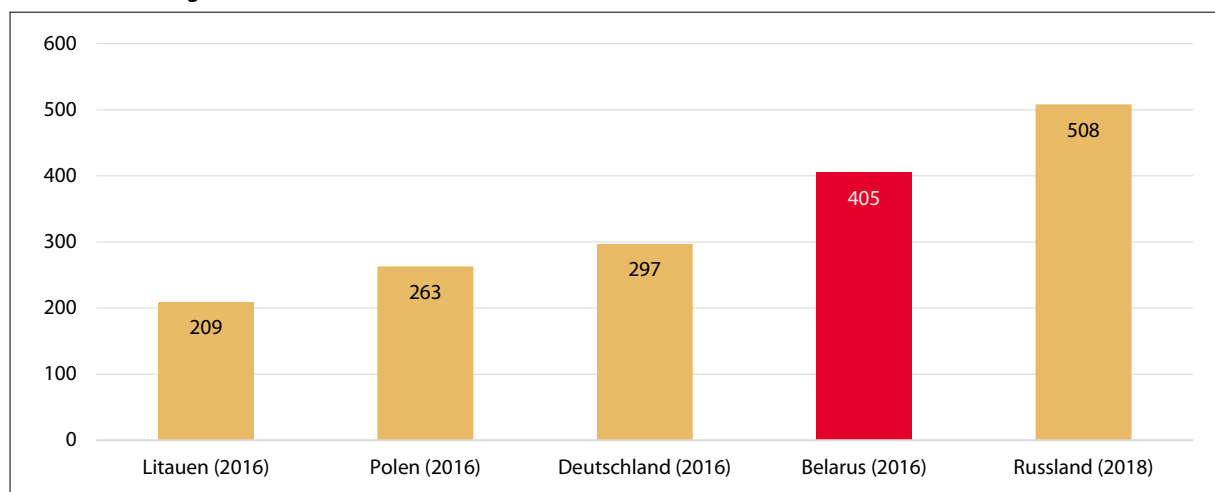
Bibliographie

- Douglas, Nadja (2020). Belarus: From the old social contract to a new social identity, ZOiS Report No. 6, <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-report/zois-report-62020/>.
- Mass Torture in Belarus 2020. Second interim report: detention, conditions of detention and treatment of detainees in September – November 2020; International Committee for the investigation of torture in Belarus; https://drive.google.com/file/d/1O7KmY9QIJNT3dIUZOYJHOWIHB_IHrikk/view
- Pallot, Judith. Overcrowded and violent: what awaits Belarusian protesters in prison, openDemocracy, 20 November 2020, <https://www.opendemocracy.net/en/odr/overcrowded-and-violent-what-awaits-belarusian-protesters-prison/>.
- The International Strategic Action Network for Security (2020). Situation in law enforcement agencies of Belarus and the prospects of weakening the main support base of the Lukashenka regime, Briefing paper by iSANS, https://isans.org/wp-content/uploads/2020/11/situation-in-by-law-enforcement-bodies_brief_isans_20.11.2020_eng.pdf.
- 23.24 (2020). Special project. A civic investigation into offences by the police in connection with peaceful protests, <https://www.23-34.net/?lang=en>

STATISTIK

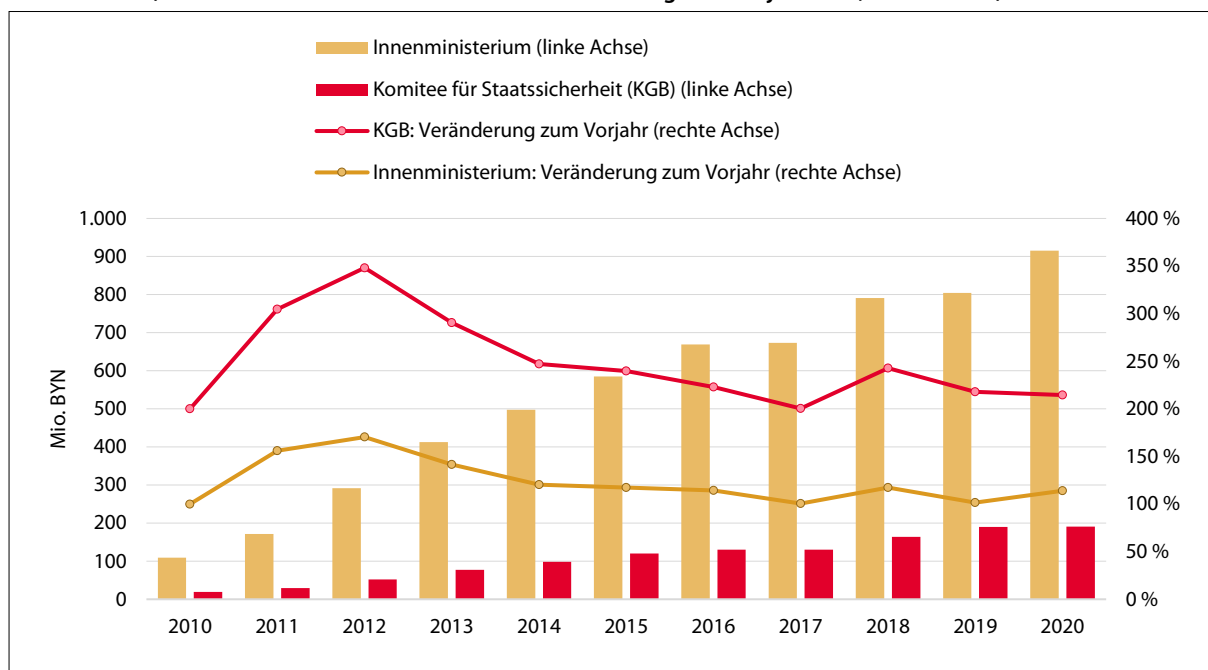
Sicherheitskräfte in Belarus

Grafik 1: Anzahl der Mitarbeiter*innen im Bereich innere Sicherheit pro 100.000 Einwohner*innen in Belarus im Vergleich



Quelle: Douglas, Nadja (2020). Belarus: From the old social contract to a new social identity, ZOiS Report No. 6, S. 13, <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-report/zois-report-62020/>

Grafik 2: Entwicklung des belarussischen Haushalts* für innere Sicherheit (in Mio. belarussische Rubel sowie die Veränderung zum Vorjahr in %; nach Jahren)



	Innenministerium	Veränderung zum Vorjahr	Komitee für Staatssicherheit (KGB)	Veränderung zum Vorjahr
2010	109,5	100%	19,7	100%
2011	171,1	156%	29,3	149%
2012	291,5	170%	52,1	178%
2013	413,1	142%	77,6	149%
2014	497,8	121%	98,2	127%
2015	584,9	117%	120,2	122%
2016	669,1	114%	130,5	109%
2017	673,2	101%	130,4	100%
2018	791,0	117%	163,5	125%
2019	804,3	102%	189,9	116%
2020	915,7	114%	191,2	101%

*Zahlen bis 2016 berechnet zum Wechselkurs von 1:10 000

Quelle: Douglas, Nadja (2020). Belarus: From the old social contract to a new social identity, ZOIS Report No. 6, S. 13, <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-report/zois-report-62020/>

Bericht des Menschenrechtszentrums »Wiasna« Human Rights Situation in Belarus: November 2020

Summary:

- During the month, the authorities continued to actively prosecute citizens for political reasons. There are 146 political prisoners held in prisons, as their number continues to increase. A total of over 900 individuals have been targeted by criminal cases during the presidential campaign and in the post-election period;
- the authorities continued the practice of forcibly dispersing peaceful protests and using violence against demonstrators;
- at least 4,000 people were detained for attending street rallies during the month. A total of 30,000 persons have been detained for participating in peaceful assemblies since the beginning of the election campaign in May;
- neither the prosecutor's offices nor the Investigative Committee has initiated a single criminal case to address reports of systematic and widespread torture of detained protesters between August 9 and 12, while several victims have already received notifications saying that their complaints would not be investigated. Impunity results in law enforcement officials' continued use of torture and cruel, inhuman and degrading treatment of detained protesters;
- a particular public outcry was sparked by the death of Raman Bandarenka on November 12, as well as the ensuing brutal dispersal of a peaceful memorial protest and the arrest of Belsat journalists Katsiaryna Andreyeva and Darya Chultsova, a tut.by reporter Katsiaryna Barysevich and a doctor of Minsk Emergency Hospital Artsiom Sarokin;
- despite media reports suggesting the involvement of a number of high-ranking officials close to Lukashenka in Bandarenka's death, no criminal investigation has been launched, which raises public suspicions about the true perpetrators;
- the violations of the right to life of Henadz Shutau, Aliaksandr Taraikouski, Aliaksandr Vikhor and Raman Bandarenka have not been recognized by the authorities and are not being investigated;
- in general, experts of the Human Rights Center "Viasna" note a further intensification of repressions and a worsening of the human rights crisis in the country against the background of the degradation of the country's legal system and its adjustment to repression against citizens.

Political prisoners and politically motivated persecution

Criminal prosecution remains one of the main tools of repression used by the Belarusian authorities since the announcement of the presidential election in May and intensified in the post-election period.

In November, the authorities stepped up repression and intensified criminal prosecution for political reasons, which indicates a deepening of the already profound human rights crisis.

On November 2, the Investigative Committee announced the initiation of a criminal case under Art. 342 of the Criminal Code (organization or active participation in group actions that grossly violate public order). The case reportedly stems from a post-election protest held the previous day in Minsk. Despite the absolutely peaceful nature of the demonstration, 231 people were named suspects in the case.

Both Belarusian and international human rights organizations condemned (<https://spring96.org/en/news/100247>) another wave of repression against peaceful demonstrators.

On November 10, a number of media outlets published a letter from Maryia Kalesnikava, which she sent from a pre-trial prison. The letter described the details of her detention in downtown Minsk on September 7 and subsequent attempts by law enforcement officials to forcibly deport her from Belarus.

In particular, Maryia claims that after being detained by unknown people in plainclothes, she was taken to the office of the head of the Interior Ministry's GUBAZIK department Mikalai Karpiankou. During a "conversation", which also involved Deputy Interior Minister Henadz Kazakevich and the head of the Operations and Analysis Center Andrei Pauliuchenka, the high-ranking officials insulted and intimidated Kalesnikova, including by threatening to kill her if she refused to leave the territory of Belarus.

Following this, Viasna human rights activist Valiantsin Stefanovich wrote to the Prosecutor General asking him to initiate a criminal case against the above officials.

On November 12, several members of the Belarusian Union of Students were arrested in Minsk. Viasna is aware of at least nine detainees. All of them were initially taken to the pre-trial detention center and later charged under Art. 342 of the Criminal Code (organization or active participation in group actions that grossly violate public order).

A massive public outcry was caused by the criminal charges against Belsat TV journalists and a tut.by reporter related to the death of Raman Bandarenka.

On November 19, tut.by journalist Katsiaryna Barysevich, who was preparing a story about Raman Bandarenka, was detained (<https://spring96.org/en/news/100537>) in Minsk. In particular, she published the results of Bandarenka's blood alcohol test handed over to her by medical doctor Artsiom Sarokin, which was negative. This information appeared in the media against the background of Lukashenka's statements that Raman Bandarenka was drunk, and provoked an immediate backlash.

As a result, Barysevich and Sarokin were charged with committing a crime under Part 3 of Art. 178 of the Criminal Code (disclosure of medical secrets, which led to serious consequences). At the same time, there are no victims of the disclosure, and the "serious consequences" of such disclosure, according to the Prosecutor General's Office, were "increasing tension in society, creating an atmosphere of distrust in the competent state authorities."

Amnesty International issued a special statement (<https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR4933842020ENGLISH.PDF>) in response to the allegations, recognizing Barysevich and Sarokin as prisoners of conscience and demanding their immediate release.

Belsat TV journalists Katsiaryna Andreyeva and Darya Chultsova were detained and later taken into custody after the Belsat TV channel covered the rally in memory of Raman Bandarenka. They are charged under Art. 342 of the Criminal Code (organization or active participation in group actions that grossly violate public order).

On November 18, FIDH President Alice Mogwe appealed (<https://spring96.org/en/news/100477>) to the Prosecutor General and the Chairman of the Investigative Committee of Belarus urging them to release all women and minors detained in criminal cases initiated during the election and in the post-election period.

Belarusian human rights organizations insist on the immediate release of political prisoners, considering it a priority step of the authorities towards overcoming the current crisis.

Meanwhile, the number of political prisoners continues to grow and currently stands at 146 people. In total, Viasna is aware of more than 500 individuals suspected or accused in criminal cases. Representatives of the Prosecutor General's Office say that more than 900 criminal cases have been opened, many of which have already reached courts. Viasna has been monitoring court hearings.

Persecution of human rights defenders

On October 30, a member of the Human Rights Center "Viasna" and an independent journalist Maryna Kastylianchanka was detained by police in a cafe in Minsk.

Maryna was charged with two administrative offenses under Art. 23.34 (participation in an unauthorized mass event) and Art. 23.4 of the Administrative Code (disobedience to lawful demands of a police officer).

The activist was accused of allegedly taking part in an unauthorized picket on October 30, shouting slogans and disobeying police officers.

However, in reality she did not take part in any unauthorized pickets held on that day in the specified location and, accordingly, did not commit any offenses.

Viasna protested (<https://spring96.org/en/news/100228>) against another case of persecution of its members.

On November 2, the Zavadski District Court of Minsk sentenced Maryna to 15 days of administrative detention.

On November 14, after serving her term, Maryna was not released, but was re-arrested for allegedly participating in a rally on October 25. Following a hasty trial, Maryna Kastylianchanka was sentenced (<https://spring96.org/en/news/100478>) to another 15 days in prison.

It should also be reminded that Marfa Rabkova, coordinator of Viasna's volunteer service, has been in pre-trial detention for more than two months on charges of committing a crime under Part 3 of Art. 293 of the Criminal Code (training, financing and other preparation of mass riots). Andrei Chapiuk, a Viasna volunteer, is also being held on charges of participating in riots (Part 2, Article 293 of the Criminal Code).

In total, 18 members of the Human Rights Center "Viasna" have been repressed for their human rights activities since the announcement of the presidential election.

UN experts called (<https://spring96.org/en/news/100235>) on the Belarusian authorities to refrain from persecuting women human rights defenders in the context of mass protests in the country. In particular, the Special Rapporteur on the situation of human rights activists Mary Lawlor called to release Marfa Rabkova and to drop the charges she is facing.

Violations of the right to peaceful assembly

Peaceful protests continue in Belarus, which, despite the brutal repression of the authorities, gather a large number of participants. These are weekly Sunday demonstrations, as well as demonstrations by seniors, medics and solidarity pickets.

The March of Medical Doctors was held on November 7 in Minsk. Several protesters were detained, as a result.

Detentions at peaceful protests continued (<https://spring96.org/en/news/100313>) on Sunday, November 8, with more than a thousand people held across the country from midday to midnight. The number of detainees was close to that after the peaceful protests of August 9–13.

On November 23, the March of Wisdom took place in Minsk, which ended in several detentions.

During the month, according to Human Rights Center “Viasna”, the authorities detained more than 4,000 people. Courts held hasty trials to impose fines and terms of administrative detention; several protesters were sentenced to several consecutive terms in prison. Most trials were marred by significant violations of the law. In November, human rights activists received information on more than 2,000 decisions in administrative cases: 1,615 people were sentenced to a total of 20,550 days, 440 fined in the amount of almost 244,000 Belarusian rubles.

Multiple courts across the country opened trials of protesters charged with using violence against police officers and soldiers of the internal troops.

On November 5, the Žabinka District Court heard a criminal case against 17-year-old Yelisei Kuzniatsou, who was accused of throwing a fiery bottle at a police car. He faced charges under Art. 295-3 (illegal actions involving objects whose damaging effect is based on the use of combustible substances) and Art. 364 (threat of violence against law enforcement officers) of the Criminal Code. The incident took place on August 11 in the city park. The youth fully admitted his guilt long before the trial began. He noted in court that he acted under the influence of emotions, wanted to distract the police from dispersing the peaceful protest and detaining its participants. No one was harmed: the bottle fell on the asphalt. The court sentenced him to two and a half years of conditional sentence.

On November 12, the Kastychnicki District Court of Hrodna sentenced 63-year-old Yuzef Niamera to two and a half years of conditional imprisonment on charges of “organization or active participation in group actions that gravely breach public order” (Art. 342) and violence or threat of violence against a police officer (Art. 364 of the Criminal Code). Niamera took part in a protest on September 6 and defended a woman from riot police. As a result, he pushed one of the policemen. The prosecution insisted on imprisonment.

In Homiel, 29-year-old Siarhei Yafimau was sentenced to three years in a general security penal colony for violence against police officers (Article 364 of the Criminal Code). On August 9, Yafimau gassed a riot policeman and struck him on the head. While attempting to escape, he reportedly struck one of the officers “at least nine times in the head and torso.”

A verdict in the criminal case of Yahor Khramenia was pronounced in Babrujsk. Khramenia was accused of violence against a police officer (Article 364 of the Criminal Code). On November 13, District Court Judge Anton Dudal found Khramenia guilty and sentenced him to two years in a general security penal colony. The convict will also pay 1,000 rubles in damages for interceding for a brutally detained teenager and gassing a police officer.

Human rights activists have been analyzing these and other cases, including the trials of Raman Karanevich in Sluck, Anton Lakishyk in Minsk, Ihar and Aleh Bukas in Babrujsk, etc. Viasna will prepare conclusions on the implementation of procedural and constitutional guarantees during court hearings.

In addition, there have been several criminal trials on defamation charges.

On October 29, the Lieninski District Court of Mahilou finalized the trial of Stanislau Paulinkovich, who was accused of insulting a judge (Art. 391 of the Criminal Code) in May of this year. Judge Maksim Kurpachanka sentenced Paulinkovich to three years in an open-type penal facility, with one year of imprisonment cancelled by an amnesty.

On November 6, the Lieninski District Court of Brest ruled in the criminal case of Illia Smolski, who was accused of desecrating the state flag under Article 370 of the Criminal Code of Belarus. Smolski was accused of removing a flag from a local government building, as a result of which the flag fell to the ground and Smolski left. Judge Andrei Hrushko found Illia Smolski guilty and sentenced him to one year in an open-type penal facility.

Judge Yuliya Shut of the Lieninski District Court of Minsk sentenced 21-year-old Maryia Safonava to two months in prison for spray-painting “Long Live Belarus” and a white-red-white flag on a building and on the pavement near it. The offense was qualified under Art. 341 of the Criminal Code (desecration of structures and damage to property).

On November 12, the Chojniki District Court started hearing the criminal case of Aliaksei Ramanau charged with insulting the president (Part 1, Article 368 of the Criminal Code). The case is considered by Judge Andrei Kardash, who ruled to conduct the trial behind closed doors.

In all cases of violations of freedom of expression, human rights activists will release statements to call defendants in the trials political prisoners, in case they are sentenced to terms of imprisonment.

Violations of freedom of association

On November 12, Belarusian authorities attacked one of the country’s oldest youth organizations. Security forces arrested leaders and activists of the Belarusian Union of Students. The activists’ apartments and the organization’s office were searched.

In response, human rights organizations adopted a joint statement (<https://spring96.org/en/news/100501>).

Torture and ill-treatment

On November 5, an OSCE rapporteur published his report (<https://spring96.org/en/news/100289>) prepared under the Moscow Mechanism to describe human rights violations in the context of the 2020 presidential election in Belarus. The OSCE Moscow Mechanism was launched by 17 OSCE participating States on September 17 in connection with reports of human rights violations before, during and after the presidential election. The rapporteur asked the Permanent Mission of the Republic of Belarus to assist in arranging his visit to Belarus and to present the country's official position on the reports of violations. However, the expert's request was rejected, and the rapporteur collected information from online sources.

In early October, the Human Rights Center "Viasna", the Belarusian Helsinki Committee and the Belarusian Association of Journalists in partnership with the World Organization against Torture (OMCT) and FIDH prepared and sent to the OSCE rapporteur a report (https://spring96.org/files/book/en/2020_elections_tortures_en.pdf) on human rights violations, including torture reports, in Belarus in the post-election period. The rapporteur used the information in preparing the OSCE report.

There are reports of the first refusals to open criminal investigations into allegations of torture and ill-treatment. Impunity continues to generate new cases of violence.

On November 12, GUBAZIK police detained blogger and former political prisoner Mikalai Dziadok. A video published by the Ministry of Internal Affairs shows that Dziadok was severely beaten. It was later reported that Mikalai had been tortured (<https://spring96.org/en/news/100508>).

After the March of Neighbors held on November 29, a video (<https://spring96.org/ru/news/100697>) went online showing the "interrogation" of a 30-year-old designer detained at the protest. Presumably, the conversation took place in a police car. According to onliner.by, after his detention the young man was brought to the Lieninski District Police Department of Minsk and later taken away in an ambulance and diagnosed with a concussion, a broken nose and other injuries.

Raman Bandarenka, who was beaten on November 11 in his neighborhood in Minsk, died in hospital the following day. After being beaten, Raman was taken to the Centralny District Police Department and later to hospital with severe cerebral edema, closed craniocerebral trauma, subdural hematomas and other injuries. The operation lasted several hours, but the surgeons were unable to save his life.

Multiple video footage of the incident and eyewitness accounts allow us to conclude that officers of special units of the Ministry of Internal Affairs of Belarus may have been involved in the crime.

Human rights organizations issued a joint statement (<https://spring96.org/en/news/100439>) and once again demanded that law enforcement officers stopped using violence against civilians, refrained from carrying out knowingly criminal orders and instructions involving disproportionate force, violence, torture and ill-treatment of citizens; from the Investigative Committee—immediate initiation of criminal cases in response to reports of mass torture and the deaths of protesters, objective and impartial investigation of these facts; from the prosecutor's office—engagement of all measures available to stop the clearly disproportionate actions of police officers, objective and fair supervision of the actions of investigators in charge of addressing allegations of torture, investigation of the killings of peaceful demonstrators.

After being subjected to repeated violence in the Pinsk police department in the first three days after his arrest on August 10, political prisoner Viachaslau Rahashchuk still complains of pain and ringing in his head. The prison doctor told him it could be "a hemorrhage, concussion or head injury." Viachaslau's relatives insist that he needs a full examination, as his health continues to deteriorate.

UN human rights experts believe that the Belarusian authorities should investigate the unlawful actions of security forces during the post-election protests. In a statement (<https://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26520&LangID=e>) of November 19 signed by ten UN experts, including the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions Agnès Callamard, Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression Irene Khan, Special Rapporteur on the situation of human rights in Belarus Anaïs Marin, Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment Nils Melzer, as well as members of the UN working group on arbitrary detention.

Persecution of journalists

Three journalists have become suspects in a criminal case. Belsat TV contributors Dzmitry Soltan (Buyanau), Zmitser Krauchuk and Artsiom Bahaslauski were detained on November 1 during the March Against Terror in Minsk. On November 2, they were called suspects in a criminal case of "mass riots" (Article 342 of the Criminal Code). It is known that Soltan was beaten before being taken to the Kastychnicki District Police Department. Another detainee, who was released the same day, said that the journalist was "beaten during the detention, beaten in the police van, then beaten on the head with his own camera, and the camera was broken."

Quelle: <http://spring96.org/en/news/100777>

Chronik des Protestes, 2. – 29. November 2020

02.11.2020	Swjatlana Zichanouskaja fordert die EU auf, visumfreies Reisen für Belarus*innen zu initiieren sowie Sanktionen gegen das Nationale Olympische Komitee von Belarus einzuführen.
02.11.2020	In Minsk findet die 5. Kundgebung der Rentner*innen statt. Daran nehmen mehrere Hundert Menschen teil.
02.11.2020	Mehr als 50 Bergleute haben sich dem Streik bei »Belaruskali« angeschlossen, sagt Anatoly Bokun, Co-Vorsitzender des Streikausschusses des Unternehmens in Salihorsk.
02.11.2020	Der Ständige Vertreter von Belarus bei den Vereinten Nationen, Jury Ambrasewitsch, kündigt an, im Land würden günstige Bedingungen für die Verwirklichung aller Menschenrechte und Freiheiten geschaffen.
02.11.2020	Derzeit gebe es keine Bestätigung für illegale Handlungen seitens der Strafverfolgungsbeamten, sagt ein Vertreter des belarussischen Innenministeriums auf der 36. Tagung der »Universal Periodic Review« (UPR) beim UN-Menschenrechtsrat.
03.11.2020	In den letzten zwei Monaten der Proteste hätten Belarus*innen den Ankauf von Fremdwährungen im Vergleich zum August 2020 auf ein Zehntel reduziert, gibt Ministerpräsident Raman Halautschenka bekannt.
03.11.2020	Die internationale Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« fordert, dass die belarussischen Behörden die Strafverfahren gegen Hunderte von Demonstrant*innen einstellen, die während des »Marsches gegen den Terror« am 1. November festgenommen wurden.
04.11.2020	Der Deutsche Bundestag fordert in einem Beschluss Neuwahlen und die Freilassung der politischen Gefangenen in Belarus und ruft zu Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft auf.
05.11.2020	In Minsk findet zum vierten Mal die Protestkundgebung von Menschen mit Behinderungen statt.
05.11.2020	Belarussische Menschenrechtsaktivist*innen fordern Wirtschaftsvertreter des Landes auf, sich öffentlich gegen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Belarus auszusprechen.
05.11.2020	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Besprochen werden dabei u. a. Wege zur friedlichen Lösung der politischen und wirtschaftlichen Krise in Belarus sowie die mögliche Rolle Österreichs bei diesem Prozess.
05.11.2020	Der im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE erstellte Bericht über Belarus bestätigt das Ausmaß und die Schwere der Menschenrechtsverletzungen im Land. Dies gehe aus einer gemeinsamen Erklärung der 17 Länder hervor, die den Moskauer Mechanismus initiiert hatten.
05.11.2020	Großbritannien fordert Belarus auf, neue Präsidentschaftswahlen durchzuführen.
05.11.2020	Die EU fordert die belarussischen Behörden auf, die Gewalt zu beenden und die Präsidentschaftswahlen für ungültig zu erklären.
05.11.2020	Aljaksandr Lukaschenka gibt dem Kommandierenden der Grenztruppen, die belarussischen Bürger*innen, die »in dieser schwierigen Zeit« (gemeint ist die Pandemie) ins Ausland gingen, nicht zurück nach Belarus zu lassen. Zuvor war berichtet worden, dass Lukaschenka befohlen habe, jene Ärzt*innen, die zur Arbeit nach Polen gingen, nicht zurückkommen zu lassen.
06.11.2020	Die EU verhängt ein zweites Sanktionspaket gegen Lukaschenka und eine Reihe belarussischer Beamter. Kanada schließt sich den Sanktionen an.
07.11.2020	Das belarussische Kernkraftwerk wird in Betrieb genommen.
07.11.2020	Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden ca. 60 Ärzt*innen festgenommen, als sie versuchten, sich zu einem Protestmarsch in Minsk zu versammeln.
08.11.2020	In Minsk findet der 9. Protestmarsch (»Marsch der Volksmacht«) nach den Präsidentschaftswahlen statt. Die Teilnehmer des Marsches konnten keine geschlossene Kolonne bilden, da sie von Sicherheitskräften blockiert wurden. Auch in den Regionen finden Proteste statt. Mindestens 1.000 Menschen werden landesweit festgenommen.
08.11.2020	Belarus erklärt zwei Mitarbeiter der Botschaft des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland zu Personen non grata. Beide Diplomaten verlassen das Land am folgenden Tag. In einem Nachrichtenbericht des staatlichen Fernsehsenders ONT wird berichtet, die Diplomaten hätten sich in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt, insbesondere, indem sie die Protestaktionen in Minsk beobachtet und sich mit der Opposition getroffen hätten.
09.11.2020	In Minsk findet zum 6. Mal die Kundgebung der Rentner*innen statt (»Marsch der Weisheit«). Daran nehmen mehrere Hundert Menschen teil.

09.11.2020	Als Antwort auf »die eingehenden Fragen zum Betrieb des ersten Blocks des Belarusischen Kernkraftwerks« erklärt das Energieministerium, dass während der Tests »die Notwendigkeit festgestellt wurde, einzelne elektrische Messgeräte auszutauschen«. Der litauische Betreiber des Stromübertragungssystems »Litgrid« hatte früher erklärt, dass seit dem Mittag des 8. November im belarusischen Kernkraftwerk kein Strom mehr erzeugt worden sei. Das Kernkraftwerk war am 7. November in Betrieb genommen worden.
09.11.2020	Das belarusische Außenministerium ist über die »Tatsachen organisierter krimineller Aktivitäten aus Polen« besorgt, die die öffentliche Sicherheit in der Republik Belarus schädigten.
10.11.2020	Das russische Staatsunternehmen »Rosatom« verhandelt mit der Führung von Belarus den Bau eines weiteren Reaktors sowie eines Forschungsreaktors, erklärt der Generaldirektor des Unternehmens, Alexei Lichatschow.
10.11.2020	Die sich abzeichnende Notwendigkeit, bestimmte Geräte im ersten Block des Belarusischen KKW auszutauschen, habe keinen Einfluss auf die Sicherheit dieses Reaktors, erklärt die Abteilung für Atom- und Strahlensicherheit des Katastrophenschutzministeriums (Gosatomnadsor).
10.11.2020	Private Unternehmen, die bis Ende 2020 keine Gewerkschaftsorganisationen gründen, würden dann aufgelöst, erklärt Aljaksandr Lukaschenka.
10.11.2020	In Minsk findet eine Solidaritätsaktion der Frauen für die Opfer der Repressionen statt.
10.11.2020	Die Forderung von Aljaksandr Lukaschenka, bis Ende des Jahres bei andernfalls drohender Schließung Gewerkschaftsorganisationen in allen privaten Unternehmen zu gründen, sei rechtswidrig, erklärt der Vorsitzende des Belarusischen Kongresses der demokratischen Gewerkschaften, Aljaksandr Jaraschuk.
10.11.2020	Nach den Präsidentschaftswahlen im August sei Belarus von außen angegriffen worden, erklärt der russische Präsident Wladimir Putin. Die Belarusen würden einen beispiellosen Druck aus dem Ausland erleben; widersetzen sich Sanktionen und Provokationen sowie dem Informations- und Propagandakrieg, so Putin.
10.11.2020	Großbritannien weist zwei belarusische Diplomaten aus, als Reaktion auf einen analogen Schritt von belarusischer Seite am 8.11.2020
10.11.2020	Behörden hätten Konten mit Entschädigungsgeldern für Belarus*innen, die unter Repressionen gelitten haben, sperren lassen, berichtet der Mitbegründer der Solidaritätsstiftung »BY_help« Laksej Lawontschyk. »BY_help« hilft denjenigen, die verhaftet, mit Geldstrafen belegt, verwundet und/oder verprügelt wurden, und bezahlt in Ausnahmefällen die Dienste von Anwäl*innen.
10.11.2020	Großbritannien weist zwei belarusische Diplomaten als Reaktion auf einen ähnlichen Schritt von belarusischer Seite am 8. November aus.
12.11.2020	In Minsk findet zum fünften Mal die Protestkundgebung von Menschen mit Behinderungen statt.
12.11.2020	Russland sei besorgt über die anhaltenden Proteste in Belarus, obwohl man zufrieden sei, dass diese Proteste verblassen, erklärt der russische Außenminister Sergej Lawrow.
12.11.2020	Der 31-jährige Raman Bandarenka stirbt, nachdem er von Sicherheitskräften (ohne Uniform) in einem der Nachbarschaftshöfe in Minsk (»Platz der Veränderungen«) am Abend des 11. November geschlagen und festgenommen wurde.
12.11.2020	Die USA fordern die belarusischen Behörden auf, die Eskalation der Gewalt zu stoppen und inhaftierte friedliche Demonstrant*innen freizulassen.
13.11.2020	Auf Initiative von Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Estland wird die belarusische Frage im UN-Sicherheitsrat erörtert.
13.11.2020	Die Europäische Union sei bereit, zusätzliche Sanktionen gegen die Verantwortlichen für Gewalt und Unterdrückung in Belarus zu verhängen. Eine entsprechende Erklärung wird im Zusammenhang mit dem Tod von Raman Bandarenka veröffentlicht.
13.11.2020	Landesweit versammeln sich Menschen u. a. zu Solidaritätsaktionen und vor Kirchen, um Raman Bandarenka zu gedenken; sie werden daran durch Sicherheitskräfte behindert; mehrere Personen werden festgenommen.
13.11.2020	Mehr als tausend belarusische Christen verschiedener Konfessionen fordern in einem offenen Brief ein Ende der Gewalt, die Freilassung der politischen Gefangenen und Neuwahlen in Belarus.
13.–14.11.2020	Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Rupert Colville, sowie »Amnesty International« fordern Minsk auf, den Tod von Raman Bandarenka sowie Berichte über Folter zu untersuchen.
14.11.2020	Großbritannien und USA fordern die belarusischen Behörden auf, die Unterdrückungskampagne zu beenden, eine transparente Untersuchung durchzuführen und die Verantwortlichen zu verfolgen.

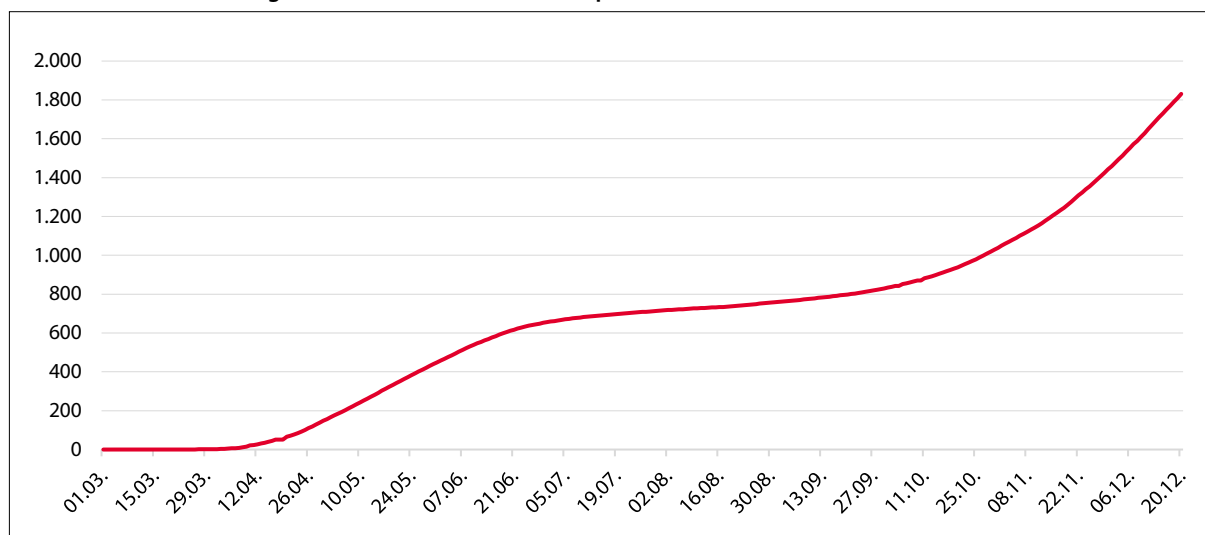
14.11.2020	Die deutsche Bundesregierung verurteilt nachdrücklich die anhaltende Gewalt und Unterdrückung in Belarus, deren Ausmaß schockierend sei. Das Außenministerium Österreichs fordert ebenfalls eine Ermittlung der Täter und die Beendigung der Repressionen gegen die Zivilgesellschaft.
14.11.2020	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich in Lettland mit dem Präsident Egils Levits, Ministerpräsident Krišjānis Kariņš, Außenminister Edgars Rinkēvičs sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Zichanouskaja fordert die lettische Nationalbank auf, die Zusammenarbeit mit der »Belarusbank« und der »Belagroprombank« einzustellen und Wirtschaftssanktionen gegen staatliche Unternehmen einzuführen, die streikende Arbeiter*innen entlassen.
15.11.2020	In Minsk findet der 10. Protestmarsch nach den Präsidentschaftswahlen statt (»Marsch der Mutigen«). Die Teilnehmer*innen des Marsches konnten allerdings keine geschlossene Kolonne bilden, da sie von Sicherheitskräften blockiert wurden. Mehrere tausend sammeln sich im Nachbarschaftshof »Platz der Veränderungen«, vor dem der verstorbene Raman Bandarenka festgenommen wurde. Es kommt zu Festnahmen unter Einsatz von Gewalt und Spezialausrüstung; Einwohner*innen der Nachbarhäuser werden bis zu ihren Wohnungen verfolgt. Auch in den Regionen finden Proteste statt. Über 1000 Menschen werden festgenommen.
16.11.2020	In Minsk findet zum 7. Mal die Kundgebung der Rentner*innen statt; daran nehmen auch Ärzt*innen teil (insgesamt über 1.000 Menschen).
17.11.2020	Der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Georgy Tsereteli, ist »zutiefst besorgt« über die Eskalation der Gewalt in Belarus in den letzten Tagen.
17.11.2020	Eine unbegründete Brutalität gegen Demonstrant*innen in Belarus sei unerwünscht und inakzeptabel, sagt der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow.
17.11.2020	Belarus setzt den Dialog mit der Europäischen Union über Menschenrechte aus und reduziert die Beteiligung an der Östlichen Partnerschaft auf Expertenebene, erklärt der belarusische Außenminister Uladsimir Makej. Ebenso habe Belarus seine Sanktionsliste gegen EU-Länder und Kanada aktualisiert, und zwar als Reaktion auf die Sanktionen gegen Belarus vom 6. November.
17.11.2020	Der Dialog zwischen der Europäischen Union und Belarus auf offizieller Ebene sei bereits vor langer Zeit als Reaktion auf das inakzeptable und beschämende Vorgehen der belarusischen Behörden ausgesetzt worden, erklärt der Sprecher des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Peter Stano.
17.11.2020	Die EU-Delegation, die Botschaften von Großbritannien, der Schweiz und den Vereinigten Staaten geben eine gemeinsame Erklärung im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Belarus ab. Es könne keine Normalisierung der Beziehungen zu einem Regime geben, das sein eigenes Volk brutal unterdrückt, heißt es in der Erklärung.
17.–19.11.2020	Swjatlana Zichanouskaja hält sich in Schweden auf und trifft sich u. a. mit der schwedischen Außenministerin Ann Linde und dem Ministerpräsidenten Stefan Löfven, um mögliche Wege zur Lösung der Krise in Belarus zu erörtern.
18.11.2020	Alice Mogwe, Präsidentin der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH), fordert den Generalstaatsanwalt und den Leiter des Ermittlungskomitees von Belarus auf, Frauen und Minderjährige aus dem Gefängnis zu entlassen.
19.11.2020	In Minsk ist zum sechsten Mal die Protestkundgebung von Menschen mit Behinderungen geplant, die Menschen wurden allerdings von den Sicherheitskräften blockiert.
19.11.2020	Die Außenminister der EU-Länder einigen sich auf die Notwendigkeit, ein drittes Sanktionspaket gegen Belarus einzuführen, sagt der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell. Darüber hinaus würden alle für Belarus bestimmten EU-Mittel ausschließlich zur Unterstützung der Zivilgesellschaft verwendet.
19.11.2020	UN-Menschenrechtsexperten sind ernsthaft besorgt über die wachsende Zahl von Berichten aus Belarus über Massenfestnahmen, Einschüchterungen und Folter und fordern die Behörden des Landes auf, eine rasche, unabhängige und unparteiische Untersuchung des übermäßigen Einsatzes von Gewalt und illegaler Vergeltungsmaßnahmen gegen friedliche Demonstrant*innen durchzuführen.
19.11.2020	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte. Es werden u. a. künftige Wirtschaftssanktionen der EU gegen Unternehmen besprochen, die mit den belarusischen Behörden in Verbindung stehen.
20.11.2020	Mehrere Tausend Menschen verabschieden sich in Minsk von dem am 12. November gestorbenen Raman Bandarenka. Am 11. November wurde er von nicht gekennzeichneten Sicherheitskräften geschlagen und in die Direktion für innere Angelegenheiten des Zentraldistrikts gebracht, von wo aus er einige Stunden später im Koma ins Notfallkrankenhaus eingeliefert wurde. Bandarenka starb, ohne das Bewusstsein wiederzugewinnen.
20.11.2020	Nordmakedonien, Montenegro, Albanien, Island, Liechtenstein, Norwegen und die Ukraine schließen sich den EU-Sanktionen gegen Belarus an.

20.11.2020	Swjatlana Zichanouskaja bespricht mit dem der niederländischen Außenminister Stef Blok eine internationale Untersuchung der Verbrechen des belarusischen Regimes und den Beginn eines Prozesses der Einstufung der Sonderabteilung der Miliz (OMON) und der Hauptdirektion für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption (GUBOPiK) des Innenministeriums als terroristische Organisationen.
21.11.2020	Swjatlana Alexijewitsch, Nobelpreisträgerin für Literatur, glaubt, dass die vom Westen verhängten Sanktionen nicht ausreichen, da Lukaschenka bereits wichtige Beamte*innen daran gehindert hat, Belarus zu verlassen. Sie glaubt, dass der Westen das Land vom internationalen Bankensystem ausschließen und Sanktionen gegen die Ölindustrie verhängen könnte. In Belarus ist laut Alexijewitsch ein hybrider Bürgerkrieg im Gange, an dem Lukaschenkas Anhänger*innen gegen den anderen Teil der Bevölkerung beteiligt sind. Alexijewitsch behauptet, dass der Westen nicht gänzlich verstehe, was in Belarus vor sich geht.
22.11.2020	In Minsk findet der 11. Protestmarsch nach den Präsidentschaftswahlen statt (»Marsch gegen den Faschismus«). Das Format wird verändert, dieses Mal versammeln sich Menschen in Gruppen in ihren Nachbarschaften. Sicherheitskräfte jagen Demonstrant*innen mit Blindmunition auseinander. Auch in den Regionen finden Proteste statt. Über 340 Menschen werden festgenommen.
23.11.2020	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, wirft Polen vor, sich in die inneren Angelegenheiten von Belarus einzumischen (gemeint ist der Telegram-Kanal »Nexta«, der von einem belarusischen Bürger geleitet wird, der sich in Polen aufhält und von belarusischen Behörden als Terrorist betrachtet wird).
23.11.2020	In Minsk findet zum 8. Mal die Kundgebung der Rentner*innen statt; daran nehmen auch Ärzte*innen teil (insgesamt mehrere Hundert Menschen).
24.11.2020	Wiktar Babaryka, der frühere Vorstandsvorsitzende der Belgazprombank und potenzielle Präsidentschaftskandidat, der seit dem 18. Juni 2020 in Haft sitzt, wird offiziell beschuldigt, Bestechungsgelder in besonders großem Umfang von einer organisierten Gruppe entgegengenommen zu haben, sowie über die Legalisierung (»Wäsche«) von Geldern in besonders großem Umfang, die auf kriminellen Weise erlangt wurden. Babaryka erkennt seine Schuld nicht an.
25.11.2020	Die katholischen Bischöfe von Belarus fordern die belarusischen Behörden auf, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten.
26.11.2020	Aljaksandr Lukaschenka kündigt bei einem Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow in Minsk die Bereitschaft der belarusischen Seite an, die Beziehungen zu Russland zu intensivieren. Lawrow erinnert an die Vereinbarungen vom 14. September 2020 zwischen Putin und Lukaschenka im russischen Sotschi. Russland sei daran interessiert, dass sich die Situation in Belarus beruhigt.
24.11.2020	Die belarusischen Behörden seien bereit, Vermittlungsbemühungen »externer Strukturen« zu begrüßen, die auf eine Regulierung der Situation in Belarus abzielen, und nicht auf eine Machtübergabe, erklärt der belarusische Außenminister Uladsimir Makej.
26.11.2020	Das EU Parlament verabschiedet eine dringende Entschließung, in der die Europäische Union aufgefordert wird, »eine internationale Untersuchung der Verbrechen des Lukaschenka-Regimes gegen die Bevölkerung von Belarus zu unterstützen«.
29.11.2020	In Minsk findet der 12. Protestmarsch nach den Präsidentschaftswahlen statt (»Marsch der Nachbarn«). Die Menschen sammeln sich in Gruppen in ihren Nachbarschaften. Sicherheitskräfte zerstreuen Demonstrant*innen mit Blitzgranaten. Auch in den Regionen finden Proteste statt. Über 400 Menschen werden festgenommen.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und des Nachrichtenportals naviny.by
 Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Covid-19 in Belarus

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 20. Dezember 2020)



Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.12.2020, 21:27 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle insgesamt, 8. Juli – 20. Dezember 2020)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
08.07.	64.224	221
09.07.	64.411	187
10.07.	64.604	193
11.07.	64.767	163
12.07.	64.932	165
13.07.	65.114	182
14.07.	65.269	155
15.07.	65.443	174
16.07.	65.623	180
17.07.	65.782	159
18.07.	65.953	171
19.07.	66.095	142
20.07.	66.213	118
21.07.	66.348	135
22.07.	66.521	173
23.07.	66.688	167
24.07.	66.846	158
25.07.	67.002	156
26.07.	67.132	130
27.07.	67.251	119
28.07.	67.366	115
29.07.	67.518	152
30.07.	67.665	147

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
31.07.	67.808	143
01.08.	67.946	138
02.08.	68.067	121
03.08.	68.166	99
04.08.	68.250	84
05.08.	68.376	126
06.08.	68.503	127
07.08.	68.614	111
08.08.	68.738	124
09.08.	68.850	112
10.08.	68.947	97
11.08.	69.005	58
12.08.	69.102	97
13.08.	69.203	101
14.08.	69.308	105
15.08.	69.308	0
16.08.	69.516	208
17.08.	69.589	73
18.08.	69.673	84
19.08.	69.801	128
20.08.	69.950	149
21.08.	70.111	161
22.08.	70.285	174

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle insgesamt, 8. Juli – 20. Dezember 2020) (Fortsetzung)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
23.08.	70.468	183	16.10.	86.392	658
24.08.	70.645	177	17.10.	87.063	671
25.08.	70.727	82	18.10.	87.698	635
26.08.	70.974	247	19.10.	88.290	592
27.08.	71.165	191	20.10.	88.909	619
28.08.	71.346	181	21.10.	89.642	733
29.08.	71.523	177	22.10.	90.380	738
30.08.	71.687	164	23.10.	91.167	787
31.08.	71.843	156	24.10.	91.978	811
01.09.	71.962	119	25.10.	92.823	845
02.09.	72.141	179	26.10.	93.707	884
03.09.	72.302	161	27.10.	94.609	902
04.09.	72.485	183	28.10.	95.545	936
05.09.	72.663	178	29.10.	96.529	984
06.09.	72.859	196	30.10.	97.499	970
07.09.	73.031	172	31.10.	98.482	983
08.09.	73.208	177	01.11.	99.459	977
09.09.	73.402	194	02.11.	100.400	941
10.09.	73.591	189	03.11.	101.329	929
11.09.	73.784	193	04.11.	102.313	984
12.09.	73.975	191	05.11.	103.295	982
13.09.	74.173	198	06.11.	104.286	991
14.09.	74.360	187	07.11.	105.283	997
15.09.	74.552	192	08.11.	106.279	996
16.09.	74.763	211	09.11.	107.262	983
17.09.	74.987	224	10.11.	108.300	1.038
18.09.	75.230	243	11.11.	109.357	1.057
19.09.	75.461	231	12.11.	110.455	1.098
20.09.	75.674	213	13.11.	111.622	1.167
21.09.	75.898	224	14.11.	112.870	1.248
22.09.	76.104	206	15.11.	114.185	1.315
23.09.	76.357	253	16.11.	115.448	1.263
24.09.	76.651	294	17.11.	116.699	1.251
25.09.	76.957	306	18.11.	118.008	1.309
26.09.	77.289	332	19.11.	119.390	1.382
27.09.	77.609	320	20.11.	120.847	1.457
28.09.	77.946	337	21.11.	122.435	1.588
29.09.	78.260	314	22.11.	123.999	1.564
30.09.	78.631	371	23.11.	125.482	1.483
01.10.	79.019	388	24.11.	126.953	1.471
02.10.	79.421	402	25.11.	128.449	1.496
03.10.	79.852	431	26.11.	130.012	1.563
04.10.	79.852	0	27.11.	131.633	1.621
05.10.	80.696	844	28.11.	133.324	1.691
06.10.	81.090	394	29.11.	135.008	1.684
07.10.	81.505	415	30.11.	136.647	1.639
08.10.	81.982	477	01.12.	138.219	1.572
09.10.	82.471	489	02.12.	139.908	1.689
10.10.	82.471	0	03.12.	141.609	1.701
11.10.	83.534	1.063	04.12.	143.383	1.774
12.10.	83.998	464	05.12.	145.279	1.896
13.10.	84.524	526	06.12.	147.157	1.878
14.10.	85.121	597	07.12.	148.953	1.796
15.10.	85734	613	08.12.	150.602	1.649

Fortsetzung auf der nächsten Seite

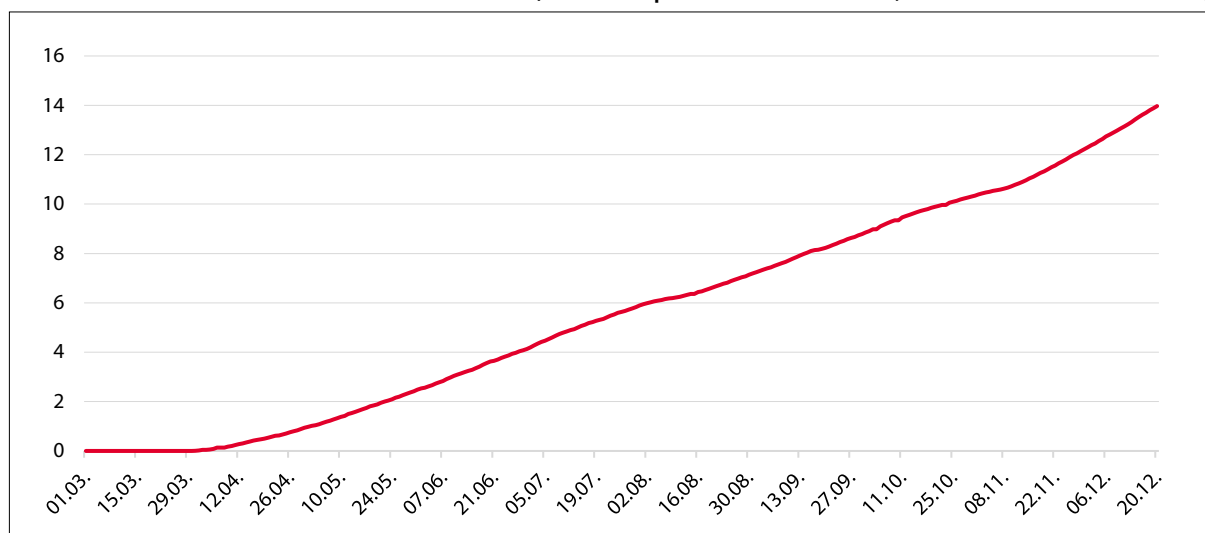
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle insgesamt, 8. Juli – 20. Dezember 2020) (Fortsetzung)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
09.12.	152.453	1.851	15.12.	164.059	1.911
10.12.	154.392	1.939	16.12.	165.897	1.838
11.12.	156.359	1.967	17.12.	167.731	1.834
12.12.	158.334	1.975	18.12.	169.648	1.917
13.12.	160.295	1.961	19.12.	171.579	1.931
14.12.	162.148	1.853	20.12.	173.523	1.944

Für die Zahlen vom 01.03.–07.07.2020 siehe Belarus-Analysen Nr. 48 und Nr. 50.

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.12.2020, 21:27 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 20. Dezember 2020)

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.12.2020, 21:27 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (8. Juli – 20. Dezember 2020)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
08.07.	443	7	21.07.	507	4
09.07.	449	6	22.07.	513	6
10.07.	454	5	23.07.	519	6
11.07.	459	5	24.07.	524	5
12.07.	464	5	25.07.	530	6
13.07.	468	4	26.07.	534	4
14.07.	474	6	27.07.	538	4
15.07.	480	6	28.07.	543	5
16.07.	485	5	29.07.	548	5
17.07.	491	6	30.07.	553	5
18.07.	495	4	31.07.	559	6
19.07.	499	4	01.08.	563	4
20.07.	503	4	02.08.	567	4

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (8. Juli – 20. Dezember 2020) (Fortsetzung)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
03.08.	571	4
04.08.	574	3
05.08.	577	3
06.08.	580	3
07.08.	583	3
08.08.	585	2
09.08.	587	2
10.08.	589	2
11.08.	592	3
12.08.	595	3
13.08.	599	4
14.08.	603	4
15.08.	603	0
16.08.	610	7
17.08.	613	3
18.08.	617	4
19.08.	622	5
20.08.	627	5
21.08.	632	5
22.08.	637	5
23.08.	642	5
24.08.	646	4
25.08.	652	6
26.08.	657	5
27.08.	662	5
28.08.	667	5
29.08.	671	4
30.08.	676	5
31.08.	681	5
01.09.	686	5
02.09.	691	5
03.09.	696	5
04.09.	701	5
05.09.	705	4
06.09.	711	6
07.09.	716	5
08.09.	721	5
09.09.	726	5
10.09.	732	6
11.09.	738	6
12.09.	744	6
13.09.	750	6
14.09.	756	6
15.09.	761	5
16.09.	767	6
17.09.	771	4
18.09.	773	2
19.09.	776	3
20.09.	780	4
21.09.	785	5
22.09.	791	6
23.09.	796	5
24.09.	802	6
25.09.	807	5

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
26.09.	813	6
27.09.	818	5
28.09.	822	4
29.09.	828	6
30.09.	833	5
01.10.	839	6
02.10.	844	5
03.10.	851	7
04.10.	851	0
05.10.	862	11
06.10.	868	6
07.10.	874	6
08.10.	880	6
09.10.	885	5
10.10.	885	0
11.10.	896	11
12.10.	901	5
13.10.	906	5
14.10.	911	5
15.10.	916	5
16.10.	921	5
17.10.	925	4
18.10.	929	4
19.10.	933	4
20.10.	937	4
21.10.	941	4
22.10.	945	4
23.10.	945	0
24.10.	953	8
25.10.	957	4
26.10.	961	4
27.10.	965	4
28.10.	969	4
29.10.	973	4
30.10.	977	4
31.10.	980	3
01.11.	985	5
02.11.	989	4
03.11.	992	3
04.11.	995	3
05.11.	998	3
06.11.	1.001	3
07.11.	1.004	3
08.11.	1.007	3
09.11.	1.011	4
10.11.	1.016	5
11.11.	1.022	6
12.11.	1.027	5
13.11.	1.033	6
14.11.	1.039	6
15.11.	1.046	7
16.11.	1.053	7
17.11.	1.060	7
18.11.	1.067	7

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (8. Juli – 20. Dezember 2020) (Fortsetzung)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
19.11.	1.074	7	05.12.	1.198	8
20.11.	1.081	7	06.12.	1.207	9
21.11.	1.089	8	07.12.	1.215	8
22.11.	1.096	7	08.12.	1.222	7
23.11.	1.104	8	09.12.	1.230	8
24.11.	1.112	8	10.12.	1.238	8
25.11.	1.119	7	11.12.	1.246	8
26.11.	1.128	9	12.12.	1.254	8
27.11.	1.136	8	13.12.	1.263	9
28.11.	1.143	7	14.12.	1.273	10
29.11.	1.151	8	15.12.	1.282	9
30.11.	1.158	7	16.12.	1.291	9
01.12.	1.166	8	17.12.	1.299	8
02.12.	1.174	8	18.12.	1.308	9
03.12.	1.181	7	19.12.	1.316	8
04.12.	1.190	9	20.12.	1.324	8

Für die Zahlen vom 01.03.–07.07.2020 siehe Belarus-Analysen Nr. 48 und Nr. 50.

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.12.2020, 21:27 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 1. November – 17. Dezember 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
5.11.2020	103.295/998	Das Gesundheitsministerium verändert die Hygieneregeln zur Bekämpfung von Covid-19: Im öffentlichen Raum werden Mund-Nase-Masken, soziale Distanz und Händedesinfektion erforderlich.
5.11.2020	103.295/998	Der stellvertretende Gesundheitsminister Barys Andrasjuk erklärt, Belarus werde mit der Produktion des russischen Impfstoffs gegen das Coronavirus beginnen.
5.11.2020	103.295/998	Aljaksandr Lukaschenka befiehlt, kostenpflichtige Tests auf das Coronavirus einzuschränken. Solche Tests sollen nur in vom Staat bestimmten Laboren gemacht werden.
11.11.2020	109.357/1022	Ärzte im Praktikum der Belarusischen Staatlichen Medizinischen Universität werden unabhängig von ihrer Spezialisierung zur Arbeit in Polikliniken mit Covid-19-Patient*innen geschickt.
12.11.2020	110.455/1027	Das Länderbüro der Weltgesundheitsorganisation in Belarus versorgt Belarus mit Unterstützung der US-amerikanischen Agentur für internationale Entwicklung (USAID) mit einer neuen Charge von Geräten zur Diagnose und Behandlung von Covid-19 im Wert von 257.000 US-Dollar.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
16.11.2020	115.448/1053	Die Covid-19-Situation sei ernster als während der ersten Welle, das Wachstum der Neuinfektionen könnte bis zum neuen Jahr aufhören und Belarus könnte von Dezember bis Januar ein Plateau der Infiziertenzahlen erreichen, sagt der stellvertretende Gesundheitsminister und Chef-Sanitärarzt Aljaksandr Tarasenka.
18.11.2020	119.390/1074	Das Gesundheitsministerium von Belarus weigert sich, wegen des Coronavirus außerplanmäßige Ferien für Schüler*innen und Studierende einzuführen.
27.11.2020	131.633/1136	Aljaksandr Lukaschenka verkündet, Belarus habe als einziges Land der Welt den richtigen Weg zur Bekämpfung des Coronavirus gewählt.
4.12.2020	143.383/1190	Die Polikliniken in Minsk stoppen die geplante Aufnahme von Patient*innen.
5.12.2020	145.279/1198	Die Polikliniken in Hrodna und in der Region Hrodna stoppen die geplante Aufnahme von Patient*innen.
16.12.2020	165.897/1291	Swjatlana Zichanouskaja erörtert die Möglichkeit, Belarus mit einem europäischen Impfstoff gegen Covid-19 zu versorgen, bei einem Treffen mit EU-Kommissar Oliver Varhelyi, berichtet ihre Pressesprecherin Hanna Krasulina.

* Quelle: Johns Hopkins-Universität und Gesundheitsministerium von Belarus, Stand: 17.12.2020. Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Die Chronik wurde zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichtenportale naviny.by, tut.by und weiteren sowie des Gesundheitsministeriums von Belarus.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder, Sophie Hellgardt
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
 Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



Kostenlose E-Mail-Dienste:
www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.